

Was

IST DER

**MARSHALL=
PLAN**

VON J. SCHOPP

PREIS 20 PF.

Herausgegeben vom Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. Verantwortlich: Kurt Goldstein, Heine. Druck R. Krawehl, R. Dez. 45, Dortmund, 3254, 50 000, 23. 10. 48, Kl. C.

I. Ursprung und Anfänge

Selten hat ein Projekt so viele begeisterte Apostel gefunden wie der Marshall-Plan. Selten ist eine Sache williger gepriesen worden. Was immer ihre Meinungsverschiedenheiten — über den Marshall-Plan sind sie sich einig: Churchill und die Führer der Labour Party de Gaulle und Léon Blum, Dr. Konrad Adenauer und Dr. Kurt Schumacher. Was ist es, das einen Dr. Schumacher ebenso energisch für den Marshall-Plan sich einsetzen läßt wie Mr. William C. Clayton, den größten Baumwollmakler und einen der reichsten Männer der Welt?

Wie sieht der Plan aus, den der Außenminister der britischen Arbeiterregierung, Ernest Bevin „ein großes Angebot“ genannt hat und der ebenso freudig von Bernard M. Baruch begrüßt worden ist, einem der reichsten Finanziers Amerikas, der sich selbst einmal stolz als „Wall-Street-Spekulant bezeichnete? Warum tragen alle Politiker, die etwas auf ihre „westliche“ Ehre geben, den Marshall-Plan auf den Lippen wie einst die Soldaten Napoleons den Marschallstab im Tornister getragen haben sollen? Was ist der Marshall-Plan?

Der durchschnittliche Bürger Großbritanniens, Frankreichs oder Italiens wird auf diese Frage nur eine sehr vage Antwort geben können. Bestenfalls hat er eine unbestimmte Vorstellung von „wirtschaftlichem Wiederaufbau“ und davon, daß seine Regierungen ihn zum Teil, zum Rädchen dieses Planes gemacht haben. Und der Bürger der Westzonen Deutschlands? Er weiß noch weniger. Seine Informationsquellen, in Gestalt der zwei- oder dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitungen, fließen noch spärlicher. Seine hoffnungslose Lage macht ihn noch empfänglicher für Sirenenklänge, die Marshall-Plan gleichklingen lassen mit Wiederaufbau und wirtschaftlicher Gesundung. Ihm erscheint der Marshall-Plan als ein Rettungsanker. Aber wie, wenn es nur ein Strohalm wäre? Oder gar ein schwerer Stein an seinem Körpergewicht, der es ihm vollends unmöglich machen würde, sich über Wasser zu halten und schließlich an Land zu gelangen?

Um dies zu beantworten, muß man die nüchternen Tatsachen untersuchen, die dem Plan zugrunde liegen. Es gilt, seinen Ursprung bloßzulegen, seine wirtschaftlichen Klauseln, seine Beziehungen zur Politik. Wer gibt die Dollars? Warum und wofür werden sie gegeben? In welcher Form und unter welchen Bedingungen werden sie gegeben? Dies sind die Fragen, die zu beantworten sind. Nichts anderes soll hier versucht werden.

Ein Plan ohne politische Motive?

Es ist eines der am häufigsten für den Marshall-Plan angeführten Argumente, daß es sich um ein rein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm handelt, gegen das nur diejenigen ankämpfen, die das Chaos wollen. Es heißt „European Recovery Programm“ — „Europäisches Erholungs-Programm“ und seine Ziele, wie sie von den sechzehn europäischen Mächten angenommen wurden, sind, doch — so wird gesagt — rein wirtschaftlicher Natur. Wurden nicht alle anderen europäischen Länder aufgefordert, sich dem Plan anzuschließen? Selbstverständlich indem sie die damit verknüpften Bedingungen akzeptieren. Aber was hat das mit Abhängigkeit zu tun? Warum dieses Mißtrauen gegen einen „großen, uneigennütigen Akt der Hilfeleistung?“

Soweit wir ihn kennen, sagt Dr. Schumacher, weisen seine sämtlichen Erscheinungsformen in eine positive Richtung. Aber hier liegt der Hase im Pfeffer: Soweit wir ihn kennen — Dr. Schumacher hätte für seine Person besser sagen sollen, soweit wir ihn kennen wollen — aber kennen wir ihn denn? Die Mehrheit der Westeuropäer, deren Regierungen ihn angenommen haben und die gewaltige Mehrzahl der Deutschen der Westzonen, die durch die Unterschriften der Generale Robertson und Koenig zu unbefragten Mitgliedern des Marshall-Unternehmens geworden sind, kennen ihn nicht.

Sie können sich nur an das halten, was ihnen die eigenen Staatsmänner erzählen. So zum Beispiel an das, was der britische Außenminister Bevin in einer Rede vor dem Unterhaus am 22. Januar 1948 erklärte:

„Ich war vollkommen überzeugt davon, und ich bin es auch jetzt, daß es kein anderes politisches Motiv hinter dem Marshall-Plan gab als das allgemein menschliche . . .“

Ähnlich eine Entschließung der internationalen Sozialistenkonferenz in London vom März dieses Jahres. Mag sein, daß den Bittenden alles in rosigem Lichte erscheint, und daß sie naiv genug sind, sich Selbsttäuschungen hinzugeben. Vielleicht wollen sie sich und anderen Mut machen. Aber Grund dazu haben sie nicht, und es entschuldigt keinesfalls ihr schlechtes Gedächtnis.

Bereits einen Monat vor der Unterhausrede Bevins und drei Monate vor der Entschließung der rechtssozialistischen Führer in London hat die Welt aus berufenem Munde vernehmen können, ob es sich beim Marshall-Plan um eine rein wirtschaftliche, unpolitische Maßnahme handelt oder nicht. In seiner Botschaft an den Kongreß am 19. 12. 1947 erklärte Präsident Truman:

„Es ist wesentlich, zu begreifen, daß dieses Programm viel mehr ist, als eine kommerzielle Maßnahme. Es ist ein Hauptbestandteil unserer Außenpolitik. Tagedin, tagaus werden seine Maßnahmen unsere außenpolitischen Urteile beeinflussen und von ihnen beeinflusst werden.“

„Ein Hauptbestandteil unserer Außenpolitik“ — das ist etwas Wesentliches über den Marshall-Plan, das wir an dieser Stelle bereits festhalten wollen, bevor wir seinen Ursprung und Charakter im einzelnen untersuchen. Jeder, der auch nur kurze Zeit unvoreingenommen die Debatten des amerikanischen Kongresses über den Plan verfolgt hat, weiß, welche Rolle diese außenpolitischen Motive

bei seiner schließlichen Annahme gespielt haben. Die republikanisch-konservative „New York Herald Tribune“ schrieb einmal über diese Debatten,

unter den Motiven, die den Kongreß zur Zustimmung veranlaßten, sei der „Haß gegen den Kommunismus bestimmt stärker gewesen als die Menschenliebe“.

Der Antikommunismus war die Haupttriebkraft für die Annahme des Marshall-Plans. Am offensten hat dies Senator Taft, einer der führenden Republikaner, ausgesprochen. Laut „Daily Express“ sagte Taft:

„Der Marshall-Plan hat keinerlei wirtschaftliche Berechtigung, aber er ist durch die Weltschlacht gegen den Kommunismus gerechtfertigt . . .“

Wie der Antikommunismus bei der Taufe des Marshall-Planes Pate gestanden hat, so wird er ihn auch auf seinem weiteren Wege begleiten, ja wahrscheinlich darüber entscheiden, ob er das eine ihm vom Kongreß zugesicherte Lebensjahr überdauern wird. Es klingt wie ein schlechter Witz und ist dennoch wahr, daß man sich heute schon in Kreisen führender Anhänger des Marshall-Planes in Westeuropa ängstlich fragt, ob die Abgeordneten des amerikanischen Kongresses auch im nächsten Jahre noch die „kommunistische Gefahr“ für ernst genug halten werden, um weitere Dollars zu bewilligen. Die Furcht, daß es nicht der Fall sein könnte, hat die führende Wirtschaftszeitung der kapitalistischen Welt, den „Economist“, dazu veranlaßt, unmittelbar nach Annahme des Marshall-Planes im amerikanischen Kongreß die bange Frage aufzuwerfen:

„Wenn in einem, in zwei oder in drei Jahren die weiteren Bewilligungen im Kongreß abgestimmt werden, dann — so kann angenommen werden — wird der Ansporn (wörtlich) der kommunistischen Bedrohung weniger scharf sein als heute. Wird der Kongreß unter diesen Bedingungen den Plan allein für ein genügend erstrebenswertes Ziel halten?“

(„The Economist“, 10. 4. 1948.)

Also: der Marshall-Plan ist kein Wirtschaftsunternehmen ohne politische Motive. Er ist „ein Hauptbestandteil“ der amerikanischen Außenpolitik. Sein Motor ist der Antikommunismus. Und selbst seine lautesten Reklametrommler in Europa bezweifeln, ob er das erste ihm bewilligte Jahr überleben wird. Diese Tatsachen wurden vorausgeschickt, weil sie Entstehung und Charakter des Planes besser verständlich machen.

Geburt und schlecht erfundene Legende

Hier müssen wir uns einiges ins Gedächtnis zurückrufen. Als Geburtsdatum des Marshall-Plans wird der 5. Juni 1947 angesehen, an dem der amerikanische Außenminister seine Rede vor der Universität Harvard hielt. Marshall begann

diese Rede mit einer Darstellung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas und seiner Unfähigkeit, für notwendige Einfuhren aus Uebersee zu bezahlen. Er sprach vom drohenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verfall, wenn es keine Hilfe erhalte. Dies, sagte er, würde auch die Wirtschaft der Vereinigten Staaten schädigen und die USA sollten deshalb dazu beitragen, die „normale wirtschaftliche Gesundheit“ in der Welt wiederherzustellen. Dann erklärte er:

„Jede Regierung, die willens ist, an dem Werk der Genesung mitzuhelfen, wird, dessen bin ich sicher, die USA zur vollen Zusammenarbeit bereitfinden. Jede Regierung, die manövriert, um die Genesung anderer Länder zu blockieren, kann keine Hilfe von uns erwarten. Darüber hinaus werden Regierungen, politische Parteien oder Gruppen, die danach trachten, menschliches Elend zu verewigen, um daraus politisch oder sonstwie zu profitieren, auf den Widerstand der USA stoßen.“

Wir zitieren diese Sätze im Wortlaut, um eine Legende zu zerstören, die von den Propagandisten des Marshall-Planes besonders hartnäckig verbreitet wird. Die Legende nämlich, daß Marshalls Angebot ohne jede Einschränkung an alle europäischen Länder gerichtet war und daß allein die Sowjet-Union die Schuld trage, wenn kein gesamteuropäischer Plan zustande gekommen sei. Diese Legende ist schlecht erfunden, das zeigen die obigen Sätze.

Auch das kleinste Kind in der Politik wußte — drei Monate nach der Proklamation der sogenannten Truman-Doktrin — an wen diese Sätze Marshalls gerichtet waren, handelte es sich doch um stehende Redensarten, wie sie die Sowjet-Union tagtäglich zu hören bekam. Wann wäre jemals ein ernsthaft gemeintes Angebot zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Form an eine Macht gerichtet worden, daß man sie beschuldigte, sie „trachte danach, menschliches Elend zu verewigen?“ Eine nette Form der Einladung, die beinahe ebensoviel Aussicht auf Erfolg hat wie der Tänzer, der eine Aufforderung zum Tanz mit den Worten begleiten wollte: „Sie sind das häßlichste Wesen unter der Sonne!“

Dieselbe Legende will es, daß der Marshall-Plan eine Abkehr von der unmißverständlich gegen die Sowjet-Union gerichteten Truman-Doktrin bedeutet und zumindest die Tür zur Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union und den sozialistischen Zielen zustrebenden Ländern Ost- und Südosteuropas offen gelassen habe. Auch das hält nicht eine Sekunde einer ernsthaften Prüfung stand. Der Marshall-Plan war kein Gegensatz zur Truman-Doktrin. Er war vielmehr ihre direkte Fortsetzung, wenn auch mit anderen Mitteln, die sich aus seinen viel weitgesteckten Zielen ergaben.

Die Truman-Doktrin – ein propagandistischer Reifall

Was später allgemein die Truman-Doktrin genannt wurde, das war die Rede des Präsidenten an den Kongreß vom 12. März 1947 und sein Programm, in dem er 400 Millionen Dollar zur wirtschaftlichen und militärischen Hilfe für Griechenland und die Türkei forderte, damit sie sich gegen „äußeren Druck“, gemeint war die Sowjet-Union, verteidigen könnten. Der bekannteste politische Kommentator Amerikas, Walter Lippmann, von dem gesagt worden ist, was er heute schreibe, führe morgen das USA-Außenministerium durch — hat mit der ihm eigenen Offenheit in der „New York Herald Tribune“ ausgesprochen, worum es in Wirklichkeit ging:

„Wir haben die Türkei und Griechenland gewählt, nicht weil sie besonders der Unterstützung bedürften, nicht weil sie leuchtende Beispiele der Demokratie und der vier Freiheiten wären, sondern weil sie das strategische Tor zum Schwarzen Meer und dem Herzen der Sowjet-Union darstellen.“

Und die Zeitschrift des Millionärs und Reaktionärs Henry Luce, „Time“, hat in ihrem Kommentar zur Trumanrede gewissermaßen ergänzend hinzugefügt:

„Das laute Gerede drehte sich ganz um Griechenland und die Türkei, aber das Geflüster hinter dem Gerede drehte sich um das Meer von Petroleum südlich dieser Länder.“

Wer ein einigermaßen geübtes Ohr hat für die Musik der kapitalistischen Monopole und der Oelstrategen, der wußte auch ohne diesen Hinweis der „Time“, was geflüstert wurde, als sage und schreibe vierundzwanzig Stunden nach der Rede Trumans die Ankündigung erfolgte, die amerikanischen Oeltrusts „Standard Oil Company“ und „Socony Vacuum“ würden den Bau einer trans-arabischen Oellinie finanzieren, die das Oel des Persischen Golfes mit dem östlichen Mittelmeer verbinden sollte, und daß dieser Spaß 120 Millionen Dollar kosten werde.

Das war die Truman-Doktrin. Aber in der öffentlichen Meinung Amerikas und Europas war ihr wenig Erfolg beschieden. Die Londoner „Times“ fand die Rede des Präsidenten „revolutionär“ in ihrer

„offenen Bereitschaft, die sie ausdrücke, eine Widerspruch hervorrufende amerikanische Politik voranzutreiben, ohne vorherige Uebereinkunft der Großmächte und ohne Diskussion durch die Vereinten Nationen.“

Der „Daily Herald“, das offizielle Organ der Labour-Regierung, bezeichnete die Rede als „ernst“, „verwirrend“ und „beängstigend“ und sprach von der Notwendigkeit für Großbritannien, sich mit „Herz und Seele“ der Aufgabe der Vermittlung zwischen Amerika und der Sowjet-Union zu widmen.

Die Truman-Doktrin reichte aus, um die Moskauer Konferenz über Deutschland von vornherein zum Scheitern zu verurteilen. Aber sie war zu durchsichtig, um genügend Zustimmung in den USA und in Westeuropa zu finden. Nur deshalb wurde sie durch die diplomatischere, geschicktere Form des Marshall-Plans ersetzt. Selbstverständlich mußten die amtlichen und nicht-amtlichen Propagandisten des Marshall-Plans ihren Völkern einreden, es handle

sich um etwas anderes als bei der Truman-Doktrin, etwas völlig Neues, das einzig und allein die wirtschaftliche Gesundung Europas zum Ziele habe. Ohne diese Behauptung wäre es ihnen unmöglich gewesen, die Sowjet-Union zu beschuldigen, sie sabotiere den europäischen Wiederaufbau. Aber nicht ein einziges Mal ist es ihnen gelungen, den Beweis dafür anzutreten. Denn niemals hat ein amtierendes Mitglied der amerikanischen Regierung den Inhalt der Truman-Doktrin auch nur mit einem Wort widerrufen oder erklärt, daß sie durch den Marshall-Plan aufgehoben sei.

Warum machte die Sowjet-Union nicht mit?

Um ganz zu verstehen, warum die Sowjet-Union und die osteuropäischen Länder schließlich den Marshall-Plan nicht nur abgelehnt, sondern ihn bekämpft haben und bekämpfen, ist es notwendig, kurz auf ein anderes Ereignis einzugehen, das am Beginn des Marshall-Plans steht: auf die Pariser Konferenz der drei europäischen Großmächte. Bekanntlich hatte der britische Außenminister Bevin schon eine Woche nach der Rede Marshalls anläßlich eines Diners in London diese als „die größte Rede“ bezeichnet, die jemals von einem Politiker gehalten worden sei. Dann waren die Einladungen an die europäischen Länder herausgegangen, die zum Zusammentreffen der Außenminister der drei europäischen Großmächte in Paris führten. Man hat, wie gesagt, die Sowjet-Union für das Scheitern dieser Verhandlungen verantwortlich gemacht. Aber was ereignete sich wirklich in Paris?

Bevin und Bidault schlugen als Kernstück ihres Planes vor, man solle ein Wirtschaftsprogramm für ganz Europa ausarbeiten. Die Aufstellung dieses Programms solle einer speziellen Organisation übertragen werden, die die Erfordernisse wie die Hilfsquellen der einzelnen Länder festzustellen habe und das Ganze solle unter die Leitung eines sogenannten Lenkungsausschusses gestellt werden. Molotow lehnte ab. Warum? Weil er nicht die Erlangung amerikanischer Kredite von der Kontrolle dieses Lenkungsausschusses abhängig gemacht wissen wollte. Weil er sich weigerte, diesem Ausschuß das Recht zuzubilligen, in die wirtschaftlichen Angelegenheiten der einzelnen Länder einzugreifen.

Molotows Ausführungen sind seinerzeit so unvollständig wiedergegeben worden, daß der Kern seiner Argumentation hier zitiert sei. Er sprach davon, daß die britisch-französischen Vorschläge die kleineren Mächte wirtschaftlich von den größeren abhängig machen würden und erklärte:

„Wozu kann dies führen? Heute kann ein Druck auf Polen ausgeübt werden, mehr Kohlen zu produzieren und dies auf Kosten anderer polnischer Industrien, die eingeschränkt werden müssen, weil irgendwelche anderen europäischen Länder daran interessiert sind. Morgen werden sie sagen, die Tschechoslowakei solle aufgefordert werden, ihre landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und ihren Maschinenbau einzuschränken, um Maschinen von anderen europäischen Ländern zu erhalten,

welche ihre Waren zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen wünschen. Oder wie die Zeitungen kürzlich schrieben, Norwegen wird gezwungen werden, seine Stahlindustrie nicht zu entwickeln, da dies gewissen ausländischen Stahlverbänden besser passen würde; usw. Wie können unter solchen Umständen die kleinen Länder und die schwächeren Staaten ihre nationale Wirtschaft und die Unabhängigkeit ihres Staates sichern?"

Man hat versucht, diese Gründe verächtlich beiseite zu schieben. Wer spricht heute noch von der Souveränität und Unabhängigkeit der einzelnen Länder, wo es um Europa geht? rufen die Europabündler von Churchill bis Schumacher. Aber Tatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen, indem man sie hinwegdiskutiert. Ein vereinigtes Europa wird nicht dadurch realisierbar, daß man über nichts anderes mehr spricht. Europa besteht eben noch immer aus einer Vielzahl von Nationen. Es besteht aus wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen Ländern. Aus fortgeschrittenen Industriestaaten und rückständigen Agrarstaaten. Seine Gesellschaftssysteme führen vom faschistischen Spanien über die reaktionäre Diktatur Salazars in Portugal, die bürgerlich-kapitalistischen Demokratien der westeuropäischen Länder bis zu den osteuropäischen Volksdemokratien, in denen es kein Großkapital und keine Großgrundbesitzer mehr gibt und dem sozialistischen System der Sowjet-Union. Das ist das wirkliche Europa.

Und wenn man nun berücksichtigt, daß Großbritannien und Frankreich zusammen mit Ländern, die eng mit ihnen verbündet sind, die beherrschenden Positionen in dem Lenkungsausschuß verlangten, der taktisch die Kontrolle über die Wirtschaft der einzelnen Länder gehabt hätte — was anderes konnte der Plan dann bedeuten als die Herrschaft der wirtschaftlich mächtigen Industrieländer, insbesondere Großbritanniens und Frankreichs, und die Verewigung der Rückständigkeit und Abhängigkeit der wirtschaftlich schwachen Staaten?

Plan zur „Rettung Europas“

Das waren die Gründe, die die Sowjet-Union und die osteuropäischen Länder veranlaßten, den Plan zu verwerfen. Wer bezweifelt, daß diese Befürchtungen berechtigt waren, möge folgende bemerkenswerte Stellungnahme des Londoner „Observer“ zur Beurteilung heranziehen. Die außenpolitische Linie dieser bedeutendsten britischen Sonntagszeitung hat seit Kriegsende immer wieder in der offiziellen Politik ihren Niederschlag gefunden. Einige Tage vor der Zusammenkunft der drei Außenminister, am 23. Juni 1947, entwarf das Blatt auf fünf Spalten seines Riesenformats einen Plan zur „Rettung Europas“, der so manche Einzelheit des britisch-französischen Vorschlags in Paris vorausnahm. Für die Verteilung der Industrien auf die europäischen Länder schlug der „Observer“ vor:

„Grob gesprochen sollte Westeuropa die Metall- und die mit ihr verbündeten Industrien entwickeln, für die es die qualifizierten Arbeitskräfte

besitzt, während Industrien, die weniger spezialisierte Qualifikation erfordern, in Ländern entwickelt werden sollten, die eine landwirtschaftliche Ueberbevölkerung besitzen.“

Damit auch ganz klar wurde, was damit gemeint war, hatte der „Observer“ an gleicher Stelle gefordert, daß neue Industrien nur dort errichtet werden sollen, wo sie „am schnellsten und wirtschaftlichsten in Gang gesetzt werden können“. Welchen Sinn hat das, wenn nicht den, daß hier als selbstverständlich vorausgesetzt wird, daß die einzelnen Länder ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit aufgeben, daß die rückständigen Länder sich verpflichten, auf ihre Industrialisierung zu verzichten und weiter rückständig zu bleiben, daß die wirtschaftlich Schwachen sich bereit erklären, weiterhin in Abhängigkeit von den wirtschaftlich Starken zu bleiben, und daß, was angeblich im Interesse Gesamteuropas geschieht, in Wirklichkeit die Vorherrschaft der westlichen Großmächte sichern soll?

Der humoristischen Note wegen sei angeführt, daß dieselben Kreise, die damals tagtäglich die Sowjet-Union als Störenfried beschimpften, in Wirklichkeit nichts mehr fürchteten als eine Einigung mit der Sowjet-Union. Denn der Antikommunismus war das einzige Lockmittel, das die reaktionäre Mehrheit des Kongresses überhaupt zur Herausgabe von Dollars veranlassen konnte. So schrieb das liberale Londoner Blatt „News Chronicle“ am 4. 7. 1947,

daß den amerikanischen Parteiführern, Demokraten wie Republikanern, nichts unbequemer gewesen wäre als die Annahme des Planes durch die Sowjet-Union, und vielleicht seien die Chancen der Rettung durch einen konservativen Kongreß jetzt (d. h. nach der Ablehnung durch die Sowjet-Union) um so größer.

Somit scheiterten die Pariser Besprechungen daran, daß sich zwei grundsätzlich verschiedene Auffassungen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gegenüberstanden. Die eine, die der „Observer“ vom 30. Juni 1947, also noch vor dem Ende der Pariser Konferenz und vor der Rede Molotows, in diesen Worten gekennzeichnet hat:

„Marshalls Plan kann nicht durchgeführt werden, wenn die einzelnen europäischen Länder nicht bereit sind, einen Teil ihrer Souveränität zu opfern.“

Sie würde durch Kontrolle der Wirtschaft der einzelnen Länder und Beschneidung ihrer Selbständigkeit in Wirklichkeit die Vorherrschaft der großen Industrieländer des Westens auf Kosten der anderen zum Ergebnis haben. Und die Auffassung der Sowjet-Union, die amerikanische Kredite — ohne Bedingungen — zur Entwicklung und Befruchtung der einzelnen Volkswirtschaften angewandt wissen und durch eine systematische Erweiterung der Handelsbeziehungen untereinander und zur übrigen Welt erreichen wollte, der gesamt-europäischen Wirtschaft zu dienen, ohne die Selbständigkeit ihrer verschieden gearteten Glieder zu beeinträchtigen. Schon die nahe Zukunft wird zeigen, welcher der beiden Wege zum Erfolg führt.

II. Der amerikanische Hintergrund

Zum Verständnis des Marshall-Plans und seines Ursprungs ist ein Blick auf den amerikanischen Hintergrund, auf die Wirtschaft Amerikas, unerlässlich. Ja, man kann weiter gehen und sagen: ohne die Kenntnis der wichtigsten Tatsachen der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung im zweiten Weltkrieg und seither, kann weder die amerikanische Politik noch die weltpolitische Lage überhaupt verstanden werden.

Die USA sind aus dem zweiten Weltkriege als weitaus mächtigstes kapitalistisches Land der Welt hervorgegangen. Wieviele machen sich ein richtiges Bild davon, wie gewaltig die wirtschaftliche Macht der USA ist im Vergleich zu den übrigen kapitalistischen Ländern, darunter denen, die noch vor wenigen Jahren ihre ernstesten Konkurrenten waren? In den Kriegsjahren 1939 bis Ende 1943 — als sie ihren höchsten Stand erreichte — ist die amerikanische Produktion um 120 Prozent gestiegen gegenüber einem Wachstum von nur 38 v. H. in den vorausgegangenen 20 Jahren. Die Kapazität der amerikanischen Industrie ist im Verlaufe des Krieges um etwa 30 v. H. gestiegen. Tausende neuer Fabriken sind errichtet worden. Die Zahl der Werkbänke hat sich beinahe verdoppelt. (Sie betrug 1940 — 827 000, 1945 dagegen 1 574 000).

Die amerikanische Wirtschaft ist heute ein Produktionskoloss, wie ihn die Welt bisher nicht gekannt hat. Sie verkörpert ungefähr zwei Drittel der gesamten Produktion und des gesamten Geldeinkommens der Welt — außerhalb der Sowjet-Union und Chinas. Dies ist ein sehr wichtiges Resultat des Krieges. Die in der amerikanischen Industrie beschäftigten Arbeitskräfte vermehrten sich im Kriege um 80 v. H. und die Leistung des Arbeiters pro Arbeitsstunde, d. h. die Arbeitsproduktivität, stieg um 25 v. H. (Gibt es übrigens ein vernichtenderes Urteil über das kapitalistische System als die Tatsache, daß dasselbe es nur zweimal in unserer Generation fertiggebracht hat, die Arbeitslosigkeit restlos zu beseitigen und seine Produktionsmöglichkeiten auszunutzen: nämlich während der beiden Weltkriege?)

Aber die gewaltige Kriegsproduktion in den USA brachte nicht nur Arbeit für Millionen Arbeitslose. Sie bedeutete in erster Linie ungeahnte Profite für die riesigen monopolkapitalistischen Gesellschaften in Industrie und Finanz. Vor dem ersten Weltkriege, im Jahre 1913, prägte Präsident Wilson das Wort:

„Die Herren der Vereinigten Staaten sind die vereinigten Kapitalisten und Industriellen der Vereinigten Staaten.“

Kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses Wort nach dem zweiten Weltkriege mehr Gültigkeit besitzt denn je zuvor, so ist der Kreis, in

dessen Händen sich Reichtum und Macht konzentrieren, seit Wilsons Ausspruch immer enger geworden und beschränkt sich heute auf eine verschwindend kleine Gruppe, die der amerikanische Soziologe Lundberg, die sechzig herrschenden Familien Amerikas, genannt hat.

Wie bekannt, betrogen die Kriegsprofite der amerikanischen Kapitalisten nach offiziellen Angaben über 52 Milliarden Dollar. Aber wenn man wissen will, welcher gewaltigen Anteil daran die wenigen großen Monopolgesellschaften hatten, so muß man sich die Verteilung der Kriegsaufträge näher ansehen. Die amerikanische Regierung vergab im zweiten Weltkriege Kriegsaufträge im Werte von 175 Milliarden Dollar, und zwar an 18 539 verschiedene Firmen.

Davon gingen nicht weniger als zwei Drittel, also Aufträge für beinahe 120 Milliarden Dollar an die 100 größten Industriekonzerne, 49 Prozent der Aufträge an die 30 größten Konzerne (fast 86 Milliarden Dollar), 30 Prozent an die zehn größten Konzerne (52,5 Milliarden Dollar) und nicht weniger als 7,9 Prozent der Aufträge — 13 813 Milliarden Dollar gingen an den Spitzentrust: General Motors Corporation.

Dies sind die offiziellen Angaben der Kriegsproduktions-Kommission (War Production Board) für die Zeit vom Juni 1940 bis September 1944. Diese Konzentration des Reichtums in wenigen Händen ist einer der wichtigsten Faktoren der amerikanischen Wirtschaft und Politik und ein bedeutsamer Schlüssel zu ihrem Verständnis.

Die wahren Herren Amerikas

Bereits im Jahre 1926 zeigte ein Bericht der US-Bundeskommision für Handel (US. Federal Trade Commission) über Nationalreichtum und Einkommen, daß das reichste eine Prozent der amerikanischen Bevölkerung mindestens 59 Prozent der Reichtümer des Landes in seinen Händen vereinigte, während die überwiegende Mehrheit des Volkes, 89 Prozent, ganze 8 Prozent des nationalen Reichtums besaß.

Im Jahre 1933 besaßen die zweihundert größten Industrie- und Finanzgesellschaften (die Amerikaner sagen corporations, Korporationen) 50 Prozent des gesamten industriellen Reichtums der USA (zitiert nach Bearle & Means, „Modern Corporation and Private Property“).

Aus einem offiziellen Bericht über die „Struktur der amerikanischen Wirtschaft“ aus dem Jahre 1939 ging hervor, daß acht deutlich bestimmbare monopolkapitalistische Gruppen 106 von den 250 größten Gesellschaften des Landes und zwei Drittel des Gesamtvermögens dieser Gesellschaften kontrollierten. Und die mächtigste von ihnen allen, die „Morgan-First National“, umfaßte allein 41 dieser Mammutkonzerne, darunter die „US. Steel Corporation“ und die „American Telephone and Telegraph Company“, die für sich selbst genommen schon zu den größten Trusts der Welt gehören.

Noch jüngere Darstellungen besagen, daß im Jahre 1940 ein Viertel aller amerikanischen Aktien sich in den Händen von nur 10 000 Personen, das sind 0,008 Prozent der Bevölkerung, befanden, daß die 100 größten Aktionäre 10,4 v. H. aller Dividenden einsteckten, und daß die drei Familiengruppen Du Pont, Mellon und Rockefeller Aktien im Werte von 1 400 000 000 Dollar ihr eigen nannten, die ihnen eine direkte oder indirekte Kontrolle über 15 von den größten Gesellschaften mit einem Vermögen von 8 Milliarden Dollar ermöglichen. Kürzlich veröffentlichten Forschungen des amerikanischen Nationalökonomens Means zufolge kontrollieren heute fünf der größten Finanzkapitalisten Amerikas — Morgan, Rockefeller, Du Pont, Cleveland und Mellon — nicht weniger als ein Drittel der gesamten Industrieproduktion der Vereinigten Staaten.

Das sind solch fundamentale Tatsachen über das amerikanische Leben, daß man ohne sie zu kennen, absolut nichts von amerikanischer Wirtschaft und Politik verstehen kann. Wie sieht nun das Bild der amerikanischen Wirtschaft nach dem Kriege aus? Aeußerlich haben wir die Hochkonjunktur, den größten „boom“, den Amerika gekannt hat. Die Produktion des Jahres 1947 wird auf 230 Milliarden Dollar geschätzt, der höchste Stand, den die Friedensproduktion in den USA jemals erreichte. Und doch ist die amerikanische Wirtschaft in ihrem Innern bereits vom Wurm des Verfalls zernagt. Die Krise droht gleich einer unabwendbaren Katastrophe. Was sind die Gründe?

Das Gespenst der Krise

Wenn man es einfach ausdrücken wollte, könnte man sagen, die amerikanische Wirtschaft werde heute von zwei Tatsachen beherrscht, die ihrerseits zwei gewaltige Probleme aufwerfen. Die eine Tatsache ist der Höchststand der Produktion, die andere der Höchststand der Profite, die im Jahre 1947 mehr als 17 Milliarden Dollar betragen haben, gegenüber 14,5 Milliarden Dollar im Jahre 1946 und weit weniger als 10 Milliarden vor dem Kriege. Die hohe Produktion wirft die Frage auf: wie lange wird man imstande sein, die produzierten Waren abzusetzen? Aus den hohen Profiten ergibt sich das Problem: wo findet man profitable Anlagemöglichkeiten für das überschüssige Kapital?

Was das Absatzproblem betrifft, so tritt es uns im Verhältnis der Löhne zu den Preisen gegenüber, ein Problem, das in den Reden amerikanischer Staatsmänner in der Form des Inflationsgespenstes immer wiederkehrt. Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Kapitalisten der Vereinigten Staaten den während des Krieges aufgespeicherten Bedarf an Waren aller Art und die gleichzeitig aufgespeicherte Kaufkraft dazu benutzt, riesige Profite einzuheimen, indem sie die Preise hochschraubten.

Mit der Aufhebung der Preiskontrollen im Jahre 1946 durch den Kongreß fielen die letzten Schranken. Die durchschnittlichen Preise für die wichtigsten Artikel des Lebensbedarfs sind heute doppelt so hoch als im Jahre 1939.

Die offizielle Statistik für das Jahr 1947 allein verzeichnete eine Steigerung der Preise für Lebensmittel um 30 Prozent. Die ökonomischen Berater des Präsidenten Truman haben berechnet, daß zwischen Juni 1946 und Ende 1947 die Lebenshaltungskosten um 23 Prozent gestiegen sind, die Löhne aber nur um 18 Prozent. Diese Zahlen werden von gewerkschaftlicher Seite jedoch scharf angefochten. Die Gewerkschaften haben ihrerseits das Sinken der Reallöhne seit Kriegsende auf der Grundlage von Regierungsstatistiken auf 28 Prozent beziffert.

Somit ist die Kaufkraft des amerikanischen Volkes stark gesunken, die Kluft zwischen Kaufkraft und Produktion, die im April 1947 30 Milliarden Dollar betrug, weiter angestiegen, die Warenvorräte ebenfalls — sie wurden bereits im März 1947 auf 37 Milliarden Dollar geschätzt. — kurz, alle Erscheinungen, die zur Krise führen müssen, sind bereits vorhanden. Schon im März 1947 stellte ein Minderheitsbericht der Senatskommission für Arbeitsfragen (Senate Labour Committee) fest:

„Die grundsätzliche und unwiderlegbare Tatsache unserer jüngsten Wirtschaftsgeschichte ist, daß Preise und Profite höher sind als jemals zuvor in unserer Geschichte, während die Reallöhne gefallen sind. Die Verlängerung dieser Lage würde, darin sind sich alle unparteiischen Volkswirtschaftler einig, die Katastrophe für unsere Wirtschaft bedeuten.“

Aber die Preise sind seitdem unaufhörlich weiter gestiegen. Natürlich gibt es auch heute genügend Einfaltspinsel und berufsmäßige Lobredner der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die die kommende Wirtschaftskrise in den USA als einen kommunistischen Propagandatrick hinzustellen belieben. Sie vergessen nur, zu erklären, warum ausgerechnet Präsident Truman dreimal in weniger als sechs Monaten sich eines solchen „Tricks“ bediente in seinen Ermahnungen an amerikanische Wirtschaftskreise. In seiner Neujahrsbotschaft an den amerikanischen Kongreß erklärte der Präsident:

„Schon untergräbt die Inflation den Lebensstandard von Millionen Familien. Die Inflation droht uns eine neue Krise zu bringen, so wie wir die Krise nach der unsicheren Konjunktur des ersten Weltkrieges hatten.“

In noch eindringlicheren Worten wiederholte er seine Warnung am 14. Januar dieses Jahres in seinem Wirtschaftsbericht an den Kongreß, als er zu dem Thema „Inflation“ sagte:

„Wenn sie (die Inflation, d. Verf.) andauert, ist die Krise eine Gewissheit. Man kann nicht genau sagen, wann der Krach kommen wird. Man kann nur gewiß sein, daß, wenn man die Dinge laufen läßt, er mit zerstörender Kraft hereinbrechen wird . . . Wir befinden uns in der großen Gefahr, daß die davongelaufenen Preise, der zu sehr ausgeweitete Kredit und die unausgeglichenen Tendenzen zu einem wirtschaftlichen Rückgang führen werden. Wir können nicht mit Sicherheit sagen, daß dieser Rückgang nicht ernst und die Erholung langsam und schmerzhaft sein wird.“

Wir wissen, daß die Beschwörungen des Präsidenten nichts gefruchtet haben. Die Kapitalisten haben die Preise nicht herabgesetzt. Sie denken nicht daran, ihre Profite freiwillig zu beschneiden. Lieber rennen sie blindlings ins Verderben. Die inflationistischen Preissteigerungen sind jedoch nur ein äußerliches Merkmal. Die tieferen Ursachen für die kommende Krise liegen in den Grundwidersprüchen des kapitalistischen Systems, und die würden auch durch etwaige Preisherabsetzungen nicht beseitigt werden. Es gibt keine kapitalistische Wirtschaft ohne Krisen — das ist heute nicht einmal nur mehr die Meinung von Marxisten. Der durch seinen Sozialversicherungsplan bekanntgewordene liberale britische Nationalökonom Lord Beveridge hat in einem während des Krieges erschienenen Buche „Full employment in a free society“ (Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft) dieselbe Schlußfolgerung aus der Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft gezogen:

„Es gibt keinen Grund“, schrieb er, „darauf zu vertrauen oder auch nur darauf zu hoffen, daß das Wirtschaftssystem, das die Krise der traurigen dreißiger Jahre in den Vereinigten Staaten hervorgebracht hat, nicht wieder, wenn es sich selbst überlassen bleibt, in Zukunft ähnliche Krisen hervorbringen wird. Es kann noch schlimmere Krisen geben.“

Das Gefühl, daß die Krise kommen wird, lastet wie ein Alpdruck auf dem amerikanischen Leben. Korrespondenten britischer Zeitungen der verschiedensten Richtungen haben in Stimmungsbildern aus den USA in den letzten Monaten übereinstimmend die Unsicherheit und Furcht geschildert, mit der Amerika inmitten einer nie zuvor erreichten Hochkonjunktur in die Zukunft blickt. In einem aufsehenerregenden langen Bericht aus Kalifornien hat die sprichwörtlich vorsichtige „Times“ beschrieben, wie zum ersten Male breite Kreise in Amerika die Lebensfähigkeit und den Bestand des kapitalistischen Systems selbst in Frage stellen. In einem Bericht seines New Yorker Korrespondenten Erich Schmidt hat der gewiß unverdächtige Berliner „Sozialdemokrat“ diese Stimmung wie folgt gezeichnet:

„Der Arbeiter, der sich jeden Tag ausrechnet, wie lange seine kargen Ersparnisse im Falle einer längeren Arbeitslosigkeit ausreichen werden, glaubt an den Bestand der Konjunktur ebensowenig wie die Spekulanten der Börse an ihn glauben, deren Pessimismus sich unmißverständlich in den niedrigen Aktienkursen widerspiegelt. Daß die Krise eines Tages kommen wird, wird beinahe als ebenso unvermeidlich angesehen, wie das Kommen und Gehen der Jahreszeiten. Auf die Frage: „Und was werdet ihr dann machen?“ antwortet der Mann auf der Straße und sogar manche heute höchst konservativ gesinnte Leute: „Einen neuen New Deal“. „Ja, bestätigt unsere sozialistische Cassandra, Fritz Sternberg, in seinem Buch „Die kommende Krise“: „Einen neuen New Deal oder . . . Wehrwirtschaft“.

Versuche, die zum Scheitern verurteilt sind

Und damit wären wir bei den Versuchen, die Krise zu bannen, sie aufzuhalten oder doch wenigstens hinauszuschieben. Diese Versuche sind nicht nur die Ursache für das, was das Düsseldorfer „Handelsblatt“ (6. 5. 1948) „die erste Phase der wehrwirtschaftlichen Planung“ genannt hat, das gegenwärtige Aufrüstungsprogramm also, sondern auch für den Marshall-Plan. Das Wörtchen „erste Phase“ bedeutet nicht etwa, daß die Kosten der gegenwärtigen „wehrwirtschaftlichen Planung“ — um im Jargon des Handelsblattes zu bleiben — nicht mehr sind als ein Pappentier.

Niemals in der amerikanischen Geschichte sind ähnliche Riesensummen in Friedenszeiten für Kriegszwecke aufgewandt worden wie gegenwärtig. Am 12. Januar legte Präsident Truman dem Kongreß das Budget für das Steuerjahr vom Juli 1948 bis 1949 vor. Darin forderte er 11 Milliarden Dollar für direkte Militärausgaben, und wenn man die indirekten Militärausgaben hinzunimmt, sogar 21 Milliarden Dollar oder 54 Prozent des gesamten amerikanischen Staatshaushaltes. Am 3. April forderte der Präsident in einem Brief an den Sprecher des Repräsentantenhauses weitere 3,375 Milliarden für direkte Militärausgaben, so daß diese mehr als 14 Milliarden Dollar oder das Fünfzehnfache der Ausgaben des Jahres 1939 betragen. Da jedoch weitere Milliarden von den einzelnen Teilen der Armee verlangt werden und da die notwendigen Ausgaben für die Einführung der Militärdienstpflicht in den 14 Milliarden noch nicht enthalten sind, mag die Summe in den nächsten Monaten sehr wohl auf 20 Milliarden anschwellen.

Nach der Rede Trumans, in der er die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gefordert hatte, schrieb das „Handelsblatt“:

„Die Truman-Rede vor dem Kongreß Mitte März deutet den Uebergang der USA-Wirtschaft aus der vorbereitend investierenden Rüstungsphase in eine aktivere Phase der Wehrwirtschaft an.“

Daß das Handelsblatt nicht daran zweifelt, das Rüstungsprogramm sei u. a. dazu gedacht, die herannahende Krise aufzufangen, geht aus den folgenden beiden Sätzen im gleichen Artikel hervor:

„Damit ist das amerikanische Konjunkturproblem gelöst, ehe es aufgeworfen wird. Es gibt in einem wehrwirtschaftlichen Staate keine Konjunkturprobleme mehr, nur ein Versorgungsproblem.“

Noch offener hat eines der größten amerikanischen Wirtschaftsblätter auf die direkte wirtschaftliche Beziehung von Rüstungsprogramm und Krise hingewiesen. Das „Journal of Commerce“ schrieb nach der eben erwähnten Rede Trumans:

„Was das Geschäft betrifft, so könnte jede beträchtliche Erhöhung der Militärausgaben die Injektion (shot in the arm) bedeuten, die nach der Meinung der meisten Volkswirtschaftler nötig ist, um die Wahrscheinlichkeit dieser Krise im Jahre 1948 auszugleichen.“

Es ist in diesem Rahmen leider nicht möglich, auf die Theorie des Handelsblattes einzugehen, wonach es „in einem wehrwirtschaftlichen Staate keine

Konjunkturprobleme mehr gibt", womit das amerikanische Krisengespenst endgültig gebannt wäre. Dieser Satz beweist nur, daß die wirtschaftlichen Theorien Hitlers im Handelsblatt nicht ausgestorben sind. Die Wehrwirtschaft löst keine Konjunkturprobleme, sie vertieft nur durch die völlig einseitige Ausrichtung der Produktion die Krisenursachen. Nicht die Wehrwirtschaft war die „Lösung“ des Konjunkturproblems für das deutsche Monopolkapital im Hitlerreich, sondern Eroberungskrieg als Fortsetzung und Gipfel der Wehrwirtschaft.

Aber die Lage der USA ist politisch und wirtschaftlich grundverschieden von der des Nazireiches. Hitlers Aufrüstung begann, als die Weltwirtschaftskrise gerade im Ausklingen begriffen war. Sie war imstande, Millionen Arbeitslose zu absorbieren und die Wirtschaft anzukurbeln. Amerika befindet sich aber gegenwärtig noch immer in der größten Hochkonjunktur seiner Geschichte, die Friedensindustrien laufen auf vollen Touren, die Arbeitslosigkeit ist noch verhältnismäßig gering und, was das wichtigste ist, die Profite sind höher denn je. Zu einem solchen Zeitpunkt eine völlige Umstellung auf Kriegproduktion vorzunehmen, mit ihren zentralisierten Kontrollen auf allen Gebieten, ist nicht möglich.

Kein Mensch kann voraussagen, was das amerikanische Monopolkapital tun wird, wenn die Krise ausgebrochen ist, ob es dann dazu neigen — und ob ihm das amerikanische Volk gestatten wird — den Ausweg Hitlers und der deutschen Imperialisten zu beschreiten. Aber das gegenwärtige Rüstungsprogramm wird die Krise nicht verhindern, es wird sie bestenfalls hinauschieben. Man muß sich nur klar machen, daß die amerikanische Produktion in der letzten großen Krise von 1929 binnen wenigen Monaten um 46 Prozent zurückging und daß schon ein 20prozentiger Rückgang der Produktion gegenwärtig 46 Milliarden Dollar pro Jahr ausmachen würde, d. h. doppelt soviel wie Marshall-Plan und Rüstungsprogramm zusammengenommen, um zu wissen, wie wenig diese Mittel in Wirklichkeit zur Verhinderung der furchtbarsten Wirtschaftskrise, die der Kapitalismus je gekannt haben wird, beitragen können.

Der amerikanische Export in Bedrängnis

Wir kehren nach dieser notwendigen Abschweifung zum Ursprung des Marshall-Plans zurück. Wenn die Rede Marshalls vom 5. Juni 1947 gemeinhin als Geburtsdatum des Plans angesehen wird, so ist dies nur bedingt richtig. Mit größerem Recht könnten die Reden, die der damalige Unterstaatssekretär Dean Acheson einen Monat vorher in Cleveland und die Präsident Truman zwei Tage vorher in Waco, Texas, gehalten haben, als Geburtsurkunden des Marshall-Plans bezeichnet werden. Sie geben uns eindeutig Aufschluß, soweit die direkten amerikanischen Beweggründe in Betracht kommen. Die grundsätzliche Seite hat Präsident Truman in zwei schlagenden Sätzen beleuchtet:

„Amerikas Wirtschaft“, sagte er, „ist ein Gigant geworden, der den Weltmarkt braucht, um auf vollen Touren zu laufen . . . Im ökonomischen wie im politischen Sinne können die Vereinigten Staaten nicht länger Sicherheit in ihren Grenzen finden.“

Die Einzelheiten des Bildes hat uns Dean Acheson in seiner Rede vom 8. Mai 1947 in Cleveland, Mississippi, gezeichnet. Er führte aus, wie gewaltig das Nationaleinkommen und die Produktion der USA während des Krieges gestiegen seien; daß ihre industrielle Erzeugung heute so groß sei wie die der übrigen Welt zusammengenommen. Aber eben dies, erklärte Acheson, habe dazu geführt, daß die Welt zu arm geworden sei, amerikanische Waren zu kaufen, so sehr sie diese auch benötigen möge.

Acheson schätzte die amerikanische Ausfuhr im Jahre 1947 auf 16 Milliarden Dollar, während sie vor dem Kriege nur 4 Milliarden Dollar betragen hätte, die Einfuhr jedoch auf nur 8 Milliarden Dollar. Die häßliche Lücke könne von den verarmten Ländern mit ihren erschöpften Gold- und Dollarvorräten nicht geschlossen werden. Dies sei „kein helles Bild“. Wenn die amerikanischen Geschäftsleute ihre Waren verkaufen wollten, dann müßten die anderen Länder das Geld erst geliehen bekommen, um sie kaufen zu können.

Es handelt sich hier nicht um welterschütternde Sensationen. Acheson hatte nur bekannte Tatsachen ausgesprochen. Aber der letzte Satz, der die Schlußfolgerung aus diesen Tatsachen darstellt, enthält den einfachen wirtschaftlichen Grund für den Marshall-Plan. Der Marshall-Plan soll in erster Linie, um mit Acheson zu sprechen, „den anderen Ländern das Geld leihen, damit die amerikanischen Geschäftsleute, ihre Waren verkaufen können.“ Wie unmittelbar selbst die einzelnen Phasen des Marshall-Planes zusammenhängen mit den zunehmenden Absatzschwierigkeiten, die sich in zwei Preisstürzen ankündigten und die Furcht vor der Krise rapide anwachsen ließen, zeigt uns schließlich der folgende geradezu marxistische Kommentar der Londoner „Times“ nach Annahme des Plans:

„Genau so wie der Preissturz im April/Mai v. J. durch Mr. Marshalls geschichtliche Rede am 5. Juni zum Stehen gebracht wurde, genau so sollte die Annahme des Hilfsprogramms durch den Kongreß jetzt das Signal für eine Erhöhung der Preise sein.“

Der Marshall-Plan ist wirtschaftlich gesehen nichts anderes als eine groß-angelegte Subvention für den landwirtschaftlichen und industriellen Export der USA auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers, mit dem Zweck, die Krise hinauszuschieben. Wir werden im Verlaufe unserer Darstellung erkennen, wie sehr die einzelnen Warenlieferungen bestimmt werden, nicht von den Notwendigkeiten einer „European recovery“, der europäischen Genesung, sondern von denen der „American export surplusses“, der amerikanischen Exportüberschüsse. Doch heißt das nicht, daß sich darin die Bedeutung des Marshall-Plans erschöpft. Im Gegenteil; seine eigentliche Bedeutung beginnt erst dort, wo wir mit seinen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen und Folgen für Europa Bekanntschaft machen.

III. Wie die Hilfe aussehen soll

Wie soll die Hilfe aussehen, die die 16 europäischen Länder und die drei Westzonen Deutschlands im Rahmen des Marshall-Plans erhalten? Ursprünglich waren auf der Pariser Konferenz im Juli 1947 amerikanische Kredite in Höhe von 29,2 Milliarden Dollar gefordert worden. Nachdem jedoch der damalige Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im USA-Außenministerium, William C. Clayton (im Privatberuf der größte Baumwollmakler der Welt) eine Herabsetzung dieser offenbar unvernünftigen Ansprüche gefordert hatte, nahmen die Marshall-Länder am 22. September einen Schlußbericht an, in dem die Anleihebedürfnisse der 16 Staaten auf 22,4 Milliarden Dollar beziffert wurden. Die Weltbank sollte davon 3,1 Milliarden aufbringen und der amerikanische Kongreß die übrigen 19,3 Milliarden Dollar bewilligen. In dem Schlußbericht wurde die Dringlichkeit der Hilfe und die Notwendigkeit, sie auf einer bestimmten Höhe zu halten, unterstrichen.

„Falls die Finanzhilfe sich unterhalb eines gewissen Niveaus hält, wird es wahrscheinlich überhaupt keinen Wiederaufbau geben, sondern statt dessen die Gefahr des Rückschritts mit der bedrohlichen Möglichkeit des politischen und wirtschaftlichen Chaos.“

Aber obgleich der Bericht betont hatte, daß es sich um Mindestforderungen handle, ließ sich der Kongreß nicht erweichen. Nachdem er mehr als ein halbes Jahr zur Debatte des Planes benötigt hatte, wurde zunächst die Gesamtsumme von 19,3 auf 17 Milliarden herabgesetzt, dann statt des Vierjahresprogramms vorerst ein Programm für nur ein Jahr genehmigt, und schließlich die Summe für dieses Jahr gegenüber dem in Paris geforderten Mindestbetrag von 8,04 Milliarden auf 5,3 Milliarden Dollar herabgesetzt. In dieser Form wurde das sogenannte „Auslandhilfsgesetz“ vom Kongreß angenommen und am 3. April von Präsident Truman bestätigt.

Die „endgültige“ Annahme hatte noch ein bezeichnendes Nachspiel, das den Empfängern einen Vorgeschmack davon gab, was ihrer noch harrt. Das letzte Wort in allen Geldfragen haben nämlich die sogenannten Bewilligungsausschüsse der beiden Häuser des Kongresses, und der Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses machte in letzter Minute von seinem Recht Gebrauch und schlug eine mehr als 25prozentige Kürzung der Marshall-Plan-Gelder vor. Es bedurfte einer besonders gewichtigen Drohung mit dem kommunistischen „bösen Mann“ und des Eingreifens aller großen Leute, der „big shots“ beider Parteien einschließlich des Präsidenten, des Außenministers und des republikanischen Senators Vandenberg, um den widerspenstigen Ausschuß zur Raison zu bringen

und ein Kompromiß zu erreichen. Bei diesem Kompromiß wurden zwar die Summen nur unwesentlich gekürzt, aber man überließ dem Präsidenten die Entscheidung darüber, ob er die bewilligten Gelder in 12 oder in 15 Monaten ausgeben wolle, was unter Umständen eine beinahe ebenso einschneidende Kürzung bedeuten wird.

In welcher Form hatten sich die 16 Länder die amerikanische Hilfe vorgestellt? Sie erwarteten in erster Linie die wichtigsten Rohstoffe und Kapitalgüter, d. h. besonders dringend benötigte Maschinen und schwere Transportmittel, wie Eisenbahnwaggons, die es ihnen ermöglichen würden, ihre Grundindustrien zu stärken, ihre landwirtschaftliche und industrielle Produktion zu erhöhen, um mehr exportieren zu können und so ihre Zahlungsbilanz auszugleichen. Besonderen Wert legte der Pariser Bericht der sechzehn Länder auf die Entwicklung des Handels mit den Nicht-Dollar-Ländern, vor allem mit Osteuropa.

Wenig Stahl, aber viel Tabak

Wie entsprechen die im Rahmen des Marshall-Plans vorgesehenen Lieferungen diesen Wünschen? Sehen wir uns zuerst das Vierjahresprogramm an, das ja vorläufig kaum mehr als einen Zukunftstraum darstellt. Der wichtigste Rohstoff für die Ingangsetzung ihrer Industrien ist Stahl. Deshalb suchten die 16 Länder vor allem um Rohstahl und Schrott an und um Maschinenausrüstungen, um ihre eigene Stahlproduktion erhöhen zu können.

Was werden sie erhalten? Höchstens ein Drittel des Rohstahls, weniger als ein Fünftel des Halbedelstahls und keine einzige Tonne des Schrotts von den 1,4 bis 2,2 Millionen Tonnen jährlich, um die angesucht worden war. Und dabei waren diese Wünsche in Paris als das „absolute Minimum“ bezeichnet worden. Auch die Ausrüstungen für die Stahlproduktion wurden um die Hälfte gekürzt. Es wird gesagt, man könne von den USA keinen Stahl verlangen, wenn sie selbst nicht genügend haben.

Aber die amerikanischen Gewerkschaften werfen seit langem den Stahltrusts vor, sie drosselten die Produktion künstlich, um die Preise hochzuhalten und die Menge, um die die 16 Länder in Paris angesucht hatten, hätte nur ganze 5 % der amerikanischen Produktion ausgemacht. Bestimmt nicht viel, wenn man bedenkt, daß diese Länder durch den Krieg gelitten haben, während die USA ihre Produktion gewaltig erweitern konnten.

Das Argument, es sei kein Stahl vorhanden, wird entlarvt durch die Tatsache, daß die Lieferungen von Waren, die aus Edelstahl hergestellt werden, vom amerikanischen Kongreß auf fast das Dreifache dessen erhöht wurden, worum von den europäischen Ländern angesucht worden war. Wenn man dreimal so viel fertige Stahlwaren liefern kann, hätte selbstverständlich auch das Rohmaterial geliefert werden können.

Aber das wäre ein Verlust für die amerikanische Industrie gewesen, an Profiten und Beschäftigungsmöglichkeiten. Nicht der „europäische Wiederaufbau“ entscheidet, sondern die Absatznotwendigkeiten für Exportüberschüsse.

So wird auch die amerikanische Arbeitslosigkeit nach Europa exportiert. Am deutlichsten zeigt dies das Beispiel des Schiffbaus Großbritanniens, Hollands und Norwegens, der am meisten abhängig ist von den Stahllieferungen. Großbritanniens Werften besitzen eine Kapazität von 3 Milliarden Tonnen pro Jahr, aber im Rahmen des Marshall-Plans wird es jährlich nicht mehr als 820 000 Tonnen bauen können. Ursprünglich war vorgesehen, daß der europäische Schiffsbedarf, insbesondere an Tankern, durch den Verkauf von 500 amerikanischen „Liberty“-Schiffen zum Teil gedeckt werden sollte. Aber als die Zeit kam, da der Marshall-Plan im Kongreß verabschiedet wurde, war diese Absicht bereits wieder fallen gelassen worden.

Am 1. März war ein Gesetz angenommen worden, das den Verkauf amerikanischer Schiffe, die sich im Besitz der amerikanischen Regierung befinden, an Ausländer verbietet, und der Plan enthält nunmehr die Klausel, daß mindestens die Hälfte aller im Rahmen des Marshall-Plans nach Europa gehenden Frachten auf amerikanischen Schiffen transportiert werden müssen. Damit wird nicht nur die europäische Handelsschiffahrt gedrosselt, sondern auch der Wert des Marshall-Planes selbst weiter herabgesetzt, denn die Frachten werden in Dollar berechnet und die Frachttarife der USA-Gesellschaften sind die höchsten der Welt.

Mit anderen wichtigen Lieferungen steht es nicht anders. Jeder kennt die Schwierigkeiten des europäischen Eisenbahntransports. In Paris waren 103 000 Güterwagen gefordert worden, es wurden jedoch nur 20 000 bewilligt. Die 16 Länder hatten landwirtschaftliche Maschinen im Werte von 1200 Millionen Dollar gewünscht, vorgesehen sind nur Lieferungen im Werte von 637 Millionen Dollar. Aehnlich für Bergbaumaschinen und schwere elektrische Ausrüstungen.

Ganz anders steht es dagegen um solche für den europäischen Wiederaufbau erlässlichen Güter wie Tabak, Trockenobst und Trockenei. In Paris waren die 16 Länder übereingekommen, um die kostbaren Dollars nicht für „blauen Dunst“ zu verschwenden, den türkischen und griechischen Tabakexport um 40 bis 50 v. H. zu steigern. Aber in Amerika war man der Ansicht, die Europäer hätten sich bereits so sehr an den Geschmack des amerikanischen Tabaks gewöhnt, daß man darauf Rücksicht nehmen müsse. Folglich wird der größte Posten, den Großbritannien nach den im Sommer veröffentlichten Gesamtlisten im Rahmen des Marshall-Plans erhalten soll, Tabak im Werte von 493 Millionen Dollar sein. Zuversichtlich konnte der USA-Landwirtschaftsminister Anderson den amerikanischen Farmern versprechen, daß sie in der Lage sein würden, bis 1952 die Ausfuhr frischen Obstes zu verdoppeln, die von Trockenfrüchten um die Hälfte und die von Tabak um 12 % zu erhöhen. Ist man nicht versucht, dem konservativen britischen Lord Beaverbrook zuzustimmen, wenn er seinerzeit nach diesen Ankündigungen im Londoner „Daily Express“ ausrief:

„Das britische Volk ist nicht bereit, seine finanzielle Unabhängigkeit für die Zigaretten, die getrockneten Pflaumen und das Eipulver des Marshall-Planes zu verkaufen!“

Das britische und auch die anderen Völker wurden nicht gefragt und ihnen sind die wahren Tatsachen des Marshall-Plans auch niemals bekanntgeworden. Die Liste der angeführten Beispiele ließe sich beliebig verlängern. In Paris verlangten die 16 Mächte z. B. keinerlei Motorfahrzeuge, was jedoch Amerika nicht hinderte, 150 000 überschüssige amerikanische Lastwagen auf die Liste der Lieferungen zu setzen. Inzwischen ist aber das Vierjahresprogramm durch die Veröffentlichung der Lieferungen im Rahmen des vom Kongreß verabschiedeten „Auslandhilfsgesetz“ für dieses Jahr bereits wieder überholt.

24 Millionen Dollar aus einem Geschäft

Ganz besonders interessantes Material über die Veränderungen, die zwischen Januar und April, also zwischen den ursprünglichen Listen und denen, die später von Mr. Hoffman veröffentlicht wurden, eingetreten sind, liegt für Großbritannien vor. Während die erste Liste u. a. landwirtschaftliche Maschinen, Eisen, Roh-, Halbedel- und Edelstahl, sowie Maschinen für die Stahlproduktion vorsah, sind diese Waren in der Aprilliste nicht enthalten. Dagegen sind in der letzten Liste Waren aufgeführt, die vorher niemals vorgesehen waren, z. B. Zucker, Kaffee, Fisch, Baumwollstoff, Papier und Leder.

An diesen Veränderungen läßt sich besonders schlagend der wirkliche Charakter der Marshall-Lieferungen nachweisen. Großbritannien soll nach den neuesten Angaben Kraftfahrzeuge im Werte von 32,5 Millionen Dollar erhalten. Das sind beinahe viermal soviel als es in diesem Jahre aus den USA eingeführt hat und 35 Prozent mehr als seine Gesamteinfuhr an Motorfahrzeugen. Aber gewünscht hatte es gar keine Kraftwagen. Das Resultat wird sein, daß seine eigene Industrie weniger Aufträge haben wird, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit werden folgen.

Oder nehmen wir Leder. Großbritannien wird im Rahmen des Marshall-Plans in diesem Jahre fast zwanzigmal so viel Leder aus den USA einführen wie bisher. Das bedeutet eine Verringerung seiner Ledereinfuhren und damit seines Handels mit Indien. Gleichzeitig erhalten die USA auf diese Art die Möglichkeit, ihren Handel mit Indien zu vergrößern und einen bedeutenderen Teil eines der wichtigsten britischen Exportmärkte zu erobern.

Ein weiteres Beispiel: Zucker. Bisher hat Großbritannien seinen Zucker aus den eigenen Dominien und Kolonien eingeführt. Im ersten Jahre des Marshall-Plans soll es für 48,5 Millionen Dollar Zucker aus den USA erhalten. Was heißt das? Die USA werden kubanischen Zucker liefern, denn die kubanische Zuckerindustrie befindet sich in den Händen amerikanischer Gesellschaften. Die

amerikanischen Lieferungen werden die britische Zuckereinfuhr aus den Dominien und anderen Ländern und damit den Handel mit diesen Ländern vermindern. Den Gewinn haben wiederum nur die USA-Kapitalisten.

Ein anderes Beispiel, vielleicht das deutlichste: Fisch. Großbritannien ist quasi von Fischen umgeben. Es ist vor nicht langer Zeit vorgekommen, daß Fische bei Lowestoft wieder ins Meer gelassen wurden, weil die Preise zu niedrig waren. Auf jeden Fall könnte es genügend Fisch aus Nicht-Dollarländern importieren. Nirgendwo unter seinen Wünschen oder in den Januar-Vorschlägen des U. S. State Departements erscheint Fisch auf den Listen. Trotzdem wird Großbritannien nach den Vorschlägen Mr. Hoffmans für 42 Millionen Dollar Fisch erhalten, 40 Prozent seiner gesamten gegenwärtigen Fischimporte. Die Wirkung ist wiederum dieselbe: der Handel mit anderen Ländern geht zurück, den Gewinn hat die amerikanische Fischkonservenindustrie.

Noch ein letztes Beispiel: Papier. Wiederum kein Wort von Papierlieferungen in den Januarvorschlägen. Aber laut der Liste Mr. Hoffmans (veröffentlicht im Manchester Guardian vom 21. 4. 1948) wird Großbritannien Papier im Werte von 22 Millionen Dollar erhalten. Das sind 160 Prozent seiner gesamten bisherigen Papiereinfuhren. Das Ergebnis ist wieder: sein Handel schrumpft und die Entwicklung seiner eigenen Papiermühlen wird unmöglich gemacht, obwohl es durchaus in der Lage wäre, Rohmaterialien zur Papierherstellung aus Schweden, Norwegen und der Sowjet-Union einzuführen.

Nebenbei sei hier vermerkt, daß ein Teil dieses Papiers zu den ersten Lieferungen im Rahmen des Marshall-Planes gehörte und daß sich schwerlich ein besseres Beispiel für die Art dieser Lieferungen finden ließe als die Geschichte dieser ersten Papiersendung. Die in New York erscheinende deutschsprachige Wochenschrift „Aufbau“ (Reconstruction) berichtete darüber:

„3500 Tonnen Zeitungspapier sind nach Europa verkauft worden, der Großteil nach England. Preis 52 Millionen Dollar. Eine einfache Division ergibt, daß per Tonne 170 Dollar gerechnet wurden gegenüber einem hiesigen Fabrikpreis von 96 Dollar. Als man fragte, warum 70 Prozent über dem hiesigen Fabrikpreis verlangt wurde, hörte man die Antwort: „In Europa kostet Zeitungspapier 170 Dollar.“ Jemand hat also 24 Millionen Dollar an diesem Geschäft verdient.“

(Aufbau, New York, 21. 5. 1948.)

Die Auswirkungen der Lieferungen auf Westdeutschland werden wir gesondert behandeln, aber den anderen Ländern wird es nicht besser ergehen als Großbritannien. So soll Schweden, das insgesamt nur für 28 Millionen Dollar bekommt, während seine Einfuhr aus den USA gegenwärtig 450 Millionen beträgt, zwar, Südfrüchte, Pelze, Personenkraftwagen und Parfümerieartikel erhalten, aber keine einzige Tonne Kohle oder Stahl und nicht ein Gramm Getreide. Norwegen wird die dringend benötigten maschinellen Anlagen und den Stahl für seine Hüttenwerke nicht erhalten, ebensowenig Bauxit für die norwegischen

Aluminiumbetriebe, die nicht Eigentum der in amerikanischen und kanadischen Händen befindlichen „Internationalen Aluminiumgesellschaft“ sind.

Die norwegische „Aftenposten“ hat zum Problem der Schifffahrt geschrieben, „das Kapitel des Marshall-Planes, das die Schifffahrt betreffe, stelle eine beispiellose Diskriminierung der europäischen Völker dar.“

Der Direktor des Verbandes der schwedischen Maschinenbauindustrie, hat im „Svenska Dagbladet“ erklärt, die amerikanische Weigerung Stahl zu liefern, bedeute eine Katastrophe für viele schwedische Industriezweige. Die Tatsache, daß Dänemark im Rahmen des Marshall-Planes Zigaretten im Werte von vier Millionen Dollar erhalten soll, wird nach Meinung dänischer Zeitungen, einen großen Teil der dänischen Tabakindustrie zur Beschäftigungslosigkeit verurteilen.

Frankreich soll nach den vom Verwalter Hoffmān im April veröffentlichten Listen z. B. Tabak im Werte von 14,5 Millionen Dollar erhalten, aber Einrichtungen für Stahlwerke, von denen seine wirtschaftliche Gesundung in erster Linie abhängt, werden für nur 8,8 Millionen Dollar, Bergwerksausrüstungen für 4,5 Millionen Dollar und solche für Elektrizitätswerke für 1,1 Millionen Dollar geliefert. Schon jetzt haben sich die amerikanischen Lieferungen und die Bedingungen im Rahmen des Marshall-Planes für einige französische Industrien, insbesondere für die Film-, Automobil-, Textil- und Fischkonservenindustrie, verheerend ausgewirkt.

Selbst die „Darlinge“ des USA-Kongresses, Griechenland und die Türkei, mit ihren halbfaschistischen Regimes, in die hunderte Millionen für Rüstungen und zur Bekämpfung der demokratischen Freiheitsbewegungen hineingepumpt werden, erhalten im Rahmen des Marshall-Planes harte Schläge. Sie verlieren die wichtigsten Absatzmärkte für ihren Hauptexportartikel: Tabak. Bekanntlich war Deutschland einer der bedeutendsten Abnehmer für Orienttabake. Griechenland deckte 45 Prozent des deutschen Bedarfs; mehr als die Hälfte seines Tabakexportes ging nach Deutschland. Aber im Rahmen des Marshall-Planes werden die West-Europäer fast ausschließlich amerikanischen Tabak rauchen müssen, und Griechenland und die Türkei, deren Wirtschaft weitgehend vom Tabakexport lebt, müssen ihre wichtigsten Märkte abtreten, auf daß die amerikanische Hilfe ihre Früchte trage.

Das Programm wäre „jämmerlich unvollkommen“, wenn...

Seitdem das Programm angelaufen ist und Hoffman die ersten Lieferungen autorisiert hat, ist klar, daß es in erster Linie um das Loswerden amerikanischen Exportüberschüsse geht. Es ist inzwischen festgelegt worden, daß Kapitalgüter (Maschinenausrüstungen usw.), die die Industrie und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Empfängerländer stärken könnten, überhaupt nicht unter den sogenannten Bewilligungen geliefert werden, sondern auf Anleihen, die zu 3 Prozent verzinst

und binnen kurzer Zeit zurückgezahlt werden sollen. Bis zur Drucklegung dieser Schrift ist noch keine dieser Anleihen abgeschlossen worden, denn die „Empfänger“ haben sich gesträubt, die harten Bedingungen zu akzeptieren. Schon sind in der amerikanischen Presse Drohungen gegen die „Widerspenstigen“ laut geworden.

Auf jeden Fall wurden bisher nur Konsumgüter geliefert — vom Standpunkt des Wiederaufbaus also relativ wertlose, wenn auch nicht gerade billige Almosen — und selbst wenn die Anleihen zustande kommen, wird das Verhältnis von Kapitalgütern zu Konsumgütern, laut „Economist“ (5. 6. 1948) 1:4¼ betragen, also einen winzigen Teil dessen, was die 16 Länder in Paris gefordert hatten und was ihnen ursprünglich zugesagt worden war. Verzweifelt kam die Londoner „Times“ wenige Tage vor Unterzeichnung der zweiseitigen Verträge zu dem Ergebnis:

„Das ERP (Marshall-Plan, d. Verf.) wird jämmerlich unvollkommen sein ohne die Einfuhr von Ausrüstungen und Materialien für die Entwicklung von Investitionsplänen, die ursprünglich einen so großen Raum in ihm einnahmen.“
(The Times, 30. 6. 48.)

Bei der Debatte über die Unterzeichnung des zweiseitigen Vertrages zwischen den USA und Großbritannien im britischen Unterhaus sprach der unabhängige Arbeiterabgeordnete und bekannte Anwalt D. N. P r i t t. Er führte ein Beispiel an, das als besonders typisch hier noch zitiert sei. Pritt gab die Waren, die sich unter der ersten Marshall-Lieferung an Italien befanden, bekannt. Es waren Automobile, Eisschränke und Marmelade — drei der hauptsächlichsten Eigenprodukte Italiens. Die Lieferungen verursachten in Mailand ein rapides Ansteigen der Erwerbslosigkeit. So viel über den Wert der Marshall-Lieferungen. Sieht so ein Wiederaufbauprogramm aus?

IV. Dollars – aber um welchen Preis!

Wir kommen nun zu dem Preis, der für diese Lieferungen gezahlt werden soll. Was die finanzielle Seite der Sache angeht, so soll ein bestimmter Teil als Geschenk oder wie es in der offiziellen Verlautbarung weit sinnvoller hieß, als „grant“, was so viel bedeutet wie Bewilligung, gegeben werden. Wobei die Zahlungsfähigkeit, und sicherlich auch die Stärke der Kommunistischen Parteien der einzelnen Länder über die Höhe der „Bewilligungen“ entscheiden. Das übrige soll zurückgezahlt werden. Der stellvertretende USA-Staatssekretär Thorpe erklärte am 24. 1. 1948,

die Hilfe solle die Form von Anleihen annehmen, wo immer die begründete Aussicht bestehe, daß die Fähigkeit vorhanden ist, sie zurückzuzahlen.

Aber Geschenke verpflichten und zwar weit mehr als Anleihen. Es handelt sich beim Marshall-Plan eben nicht um einen gewöhnlichen kaufmännischen Kredit, um — wie Präsident Truman gesagt hat — „mehr als eine kommerzielle Maßnahme“. Der Marshall-Plan ist zugleich ein wichtiges Stück der amerikanischen Wirtschaftspolitik und der amerikanischen Politik überhaupt. Und der Preis, den Europa zu zahlen haben wird, ist weiß Gott nicht gering. Es gehört zum Marshall-Plan seit seiner Entstehung, daß niemand je in der Lage ist oder war, genau zu sagen, was er nun eigentlich beinhaltet und was er nicht beinhaltet. Ebenso wie heute noch kein Mensch sagen kann, ob er sein erstes Jahr überleben wird, wissen die Empfänger heute noch nicht, wie die Bedingungen im einzelnen interpretiert werden, die sie in den zweiseitigen Verträgen mit den USA unterzeichnet haben und die darin nur in allgemeiner Form enthalten sind.

Die Unterzeichnung dieser zweiseitigen Verträge hat eine interessante Vorgeschichte. Lange Zeit taten die amtlichen und nichtamtlichen Apostel des Marshall-Planes in Europa so, als ob schon die Feststellung seiner Gegner, die USA würden einschneidende Bedingungen daran knüpfen, einer böswilligen Verleumdung gleichkäme. Das änderte sich plötzlich als es ernst wurde, und die Stunde nahte, da die Unterschrift unter die zweiseitigen Verträge gesetzt werden sollte (andernfalls die Lieferungen gestoppt würden). Auf einmal hatten die Kommunisten recht und es gab doch Bedingungen!

Es ist bestimmt nie schärfer über den Plan geurteilt worden, als es seine ergebensten westeuropäischen Jünger in diesen Wochen taten. Die Vertreter der westeuropäischen Länder bemühten sich, wenigstens den Text der formalen Abkommen so zu mildern, daß ihre Völker nicht das Spiel durchschauten. Man konnte doch unmöglich zugeben, daß die Prophezeiungen Molotóws über den Verlust der Unabhängigkeit der Marshall-Länder in Erfüllung gegangen waren.

So geschah es, daß beispielsweise der Londoner „Economist“, der kaum sechs Wochen zuvor den Plan als den „uneigennützigsten Akt“ der Weltgeschichte gefeiert hatte, zu diesem Verdammungsurteil kam:

„Wenn es einfach eine Angelegenheit eines Konflikts wäre zwischen dem, was die Amerikaner und dem, was die Europäer tun wollen, dann könnte es genügen, mit den Achseln zu zucken und zu sagen, daß Bettler nicht wählerisch sein können. Was so qualvoll ist für Europäer ist dies — daß sie sehen müssen wie die Großzügigkeit der helfenden Hand wertlos gemacht und ihre Absichten vereitelt werden durch Bedingungen, die den Zeitpunkt hinausschieben, da Europa wieder auf eigenen Füßen stehen kann.“

(The Economist, 19. 6. 1948.)

Gemäß der noch schwierigeren Lage der herrschenden Kreise Frankreichs, mit einer starken kommunistischen Partei im Lande, wurde die dem französischen Außenministerium nahestehende Pariser Zeitung „Le Monde“ noch um einen Grad deutlicher:

„Die schwierigen Verhandlungen, die schon seit Wochen im Gange sind, bestätigen, daß die Anwendung des Marshall-Planes Fragen der nationalen Souveränität aufwirft, die die interessierten Länder ernsthaft schädigen können. (Das hatte Molotow ein Jahr vorher gesagt, d. Verf.) Es handelt sich nicht so sehr um das Prestige als darum, ob es der amerikanischen Wirtschaft und der amerikanischen Finanz gelingen wird, durch die Hilfe, die sie Europa gewähren, in diesem Teil der Welt Stellungen einzunehmen, die seine Unabhängigkeit bedrohen und seinem Handel und seiner Industrie Konkurrenz machen werden... Soll Westeuropa sich nur als eine Filiale von Amerika organisieren, anstatt die große selbständige Kraft zu sein, die man erhofft hatte?“

(Le Monde, 23. 6. 1948.)

„Bedrohte Unabhängigkeit“, „Konkurrenz für Industrie und Handel“, „Filiale von Amerika“ — ist das nicht genau das, was die Kommunisten dem Marshall-Plan vorwerfen? Diese aggressiven Anschuldigungen in solch einflußreichen Organen wie „Economist“ und „Le Monde“ verdanken wir nicht der urplötzlichen Erkenntnis, daß die Kommunisten schon immer im Rechte waren in ihrer Beurteilung des Marshall-Unternehmens. Sie sollten einfach dazu dienen — heute feiern „Economist“ und „Le Monde“ den Marshall-Plan wieder wie ehemals — eine Milderung der ursprünglichen amerikanischen Fassung der Verträge zu erreichen.

Dieser Versuch ist jedoch mißglückt, darüber können auch alle nachträglichen Beschwichtigungen nicht hinwegtäuschen. Der Sache nach haben die amerikanischen Verhandlungspartner nirgends nachgegeben. Alle Bedingungen, die der Gesetzesakt des Kongresses festgelegt hat, wurden in die Verträge aufgenommen. Nur ist der Wortlaut so allgemein und unscharf gehalten, daß es überall auf die bekannte Interpretation ankommen wird. Aber weiß nicht schon heute jeder, wer die „richtige“ Auslegung auf seiner Seite haben wird? Wir

wollen uns deshalb bei der Beantwortung der Frage, die die britische Labour-Zeitschrift „New Statesman and Nation“ in jenen Wochen der Verhandlungen stellte — „Können wir uns die Marshall-Hilfe leisten?“ — nicht an diese zweiseitigen Verträge halten, sondern an den vom Kongreß verabschiedeten Gesetzesakt selbst, der diesen Verträgen zugrunde liegt.

Die gesetzliche Grundlage des Planes

Sehen wir uns an, was dieses verlässlichste Dokument über den Marshall-Plan das „Auslandshilfsgesetz 1948“ (Foreign Assistance Act of 1948) zu sagen hat. Es zerfällt in vier Teile, deren erster dem Marshall-Plan gewidmet ist, während die anderen u. a. die Hilfe für Griechenland, die Türkei und China behandeln. Das dem Marshall-Plan gewidmete Gesetz heißt „Akt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit 1948“. (Economic Co-operation Act of 1948.) Wir folgen hier einer Darstellung, die der unabhängige britische Arbeiterabgeordnete D. N. Pritt im „Labour Monthly“ gegeben hat.

Gleich eingangs ist von der Förderung des „allgemeinen Wohlstands, des nationalen Interesses und der Außenpolitik der USA“ die Rede. Dann wird u. a. erklärt, es sei notwendig, gerechte Wechselkurse zu schaffen und die Handelsbarrieren mehr und mehr auszumerzen. Dem Verwalter des Planes, also Mr. Hoffman, wird das Recht erteilt, die Bedürfnisse der einzelnen Länder festzulegen, die Hilfsprogramme aufzustellen und die Hilfe zu beenden. Aber, heißt es ausdrücklich,

nichts soll geschehen, „was nicht vereinbar ist mit der Außenpolitik der USA“.

Es wird weiter festgelegt, daß in jedem Empfängerland amerikanische Missionen eingerichtet werden, die die Aufgabe haben, die Durchführung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen zu sichern. Auch die humoristische Note fehlt nicht. Es wird feierlichst bestimmt, daß kein Mitglied dieser Mission jemals in einer Organisation gewesen sein darf, die sich „gegenüber den USA, ihrer Verfassung und Regierungsform“ nicht loyal verhält. Jeder Angestellte muß von den Bundes-Untersuchungsbehörden (F.B.I.) auf seine Loyalität und Sicherheit hin geprüft worden sein.

Dann stoßen wir auf die praktischen Seiten, nämlich darauf, wie die eigentliche Hilfe aussehen soll. Sie wird laut Gesetzesakt bestehen aus Warenlieferungen, der Verarbeitung, Lagerung, dem Transport und der Reparatur von Gütern oder in anderen Diensten. In diesem Zusammenhang erscheint die Klausel, wonach mindestens die Hälfte der Lieferungen in amerikanischen Schiffen zu den üblichen Tarifen transportiert werden müssen. In all seinen Handlungen ist Mr. Hoffman weiter angewiesen,

die Benutzung des privaten Handels „zu erleichtern und so groß wie möglich zu gestalten“.

damit wir auch nicht für eine Minute vergessen, daß im Rahmen des Marshall-Planes der Kapitalismus und nicht seine Gegner gefördert werden sollen.

Wo der Gesetzesakt sich mit der Frage befaßt, ob die Empfänger für die Lieferungen bezahlen sollen oder nicht, und die Entscheidung darüber dem Verwalter, Mr. Hoffman, überläßt, wird unter den Formen der Bezahlung auch die Gegenlieferung von Materialien gefordert, an denen die USA Mangel leiden. Das wenige Licht, welches das Gesetz auf die Art der Lieferungen wirft, geschieht bezeichnenderweise unter der Ueberschrift „Schutz der inneren Wirtschaft“. Hier wird Mr. Hoffman angewiesen, den Ankauf von Gütern im Rahmen des Planes so vorzunehmen, daß die wichtigen Bedürfnisse der USA nicht verletzt werden. Für Petroleum und Petroleumprodukte wird speziell gefordert, daß sie außerhalb der USA erworben werden sollen und auch da soll Mr. Hoffman Rücksicht nehmen „auf die gegenwärtige und voraussichtliche Knappheit“. (Dies muß man wissen, wird im Gesetzesakt eines Landes gesagt, das gegenwärtig zwei Drittel des gesamten Oels der Welt verbraucht.)

Und so geht es weiter, Punkt für Punkt. Landwirtschaftliche Produkte, an denen Ueberschuß besteht, sollen in den USA und nicht in anderen Ländern erworben werden. Dann kommen gewissermaßen die Pflichten der Empfängerländer. Darunter finden wir die Forderung nach Stabilisierung der Währungen, ausgeglichenen Staatshaushalten, gültigen Wechselkursen. Was damit gemeint ist, werden wir später sehen. Weiter verlangt der Gesetzesakt, daß ein Fonds in eigener Währung errichtet wird, im Werte der Lieferungen, die die einzelnen Länder erhalten. Ein Teil dieses Fonds soll für die Verwaltungsausgaben der USA im Rahmen des Plans in den betreffenden Ländern verwandt werden. Ueber die Verwendung des Restes soll eine gemeinsame Uebereinkunft erzielt werden, die vom amerikanischen Kongreß zu bestätigen ist. Welche Gewalt über die Finanzen der einzelnen Länder dies den USA verleiht, soll ebenfalls später untersucht werden.

Es folgt dann eine sehr wichtige Klausel über den Handel mit Ländern, die nicht am Marshall-Plan teilnehmen. Nicht, daß er offen untersagt wird. Aber wenn es sich z. B. um Waren handelt, die die USA „im Interesse ihrer nationalen Sicherheit“ nicht in die am Marshall-Plan nicht teilnehmenden europäischen Länder ausführen, und die Marshall-Plan-Länder wollten derartige Waren dorthin exportieren, dann kann Mr. Hoffman ihnen die Lieferung von Materialien verweigern, die zur Produktion solcher Waren benutzt werden könnten.

Schließlich kommt das dicke Ende. Mr. Hoffman ist durch den Gesetzesakt angewiesen, wenn er über Form und Ausmaß der Hilfe entscheidet, zu berücksichtigen, wie die einzelnen Länder ihre Verpflichtungen einhalten. Aber mehr noch, ihm wird vorgeschrieben, die Hilfe sofort zu beenden, nicht nur wenn das betreffende Land seinen Vertrag nicht einhält oder schlechten Gebrauch macht von den Lieferungen, die es erhält, sondern auch, wenn „auf Grund veränderter Bedingungen die Hilfe nicht länger im Einklang steht mit den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten.“

In anderen Worten: die geringste politische oder wirtschaftliche Maßnahme in irgendeinem der Länder des Marshall-Planes, die den Reaktionären im amerikanischen Kongreß nicht paßt, kann der Anlaß sein, die Lieferungen einzustellen. So sieht in Wahrheit der „uneigennützigste Akt der Weltgeschichte“ aus.

Das ist der Buchstabe des Gesetzesaktes, der Sinn liegt viel tiefer. Um Sinn und Folgen des Plans in ihrer ganzen verhängnisvollen Schwere zu erkennen, gilt es neben den zweiseitigen Verträgen und dem soeben dargestellten offiziellen, vom amerikanischen Kongreß angenommenen Gesetzesakt auch die vielen Empfehlungen und Vorschläge der verschiedenen Komitees des Kongresses und die Feststellungen amerikanischer Minister und anderer offizieller Persönlichkeiten zu betrachten. Erst dann kann man sich von allen Illusionen befreien.

Das Pfund Sterling – Feind Nr. 2 des Marshall-Planes

Da ist zuerst die Währungshoheit, auf die ja wohl jeder selbständige Staat Anspruch erheben kann. Die Marshall-Länder werden sie nicht mehr besitzen. Man verlangt von ihnen die Abwertung ihrer Währungen, was zuerst offen in den zweiseitigen Verträgen stand, dann aber auf Grund der Proteste im Ton gemildert wurde. Der Sinn dieser Forderung ist einfach. Amerika will der einzige finanzielle Gebieter der Welt sein. Die Wall-Street will nicht länger ihre Herrschaft mit der City von London teilen. Im März schrieb die „New York Times“, neben dem Kommunismus sei die größte Bedrohung des Marshall-Planes

„der britische Kampf zur Verteidigung des Pfundes“. Großbritanniens Versuch, weiter der Bankier für das Empire und andere Länder zu sein, sei „unvereinbar mit dem Ziel des Marshall-Plans — und das Außenministerium erwäge den Plan, die Verantwortlichkeiten Großbritanniens in Australien, Indien, Neuseeland und Aegypten zu übernehmen.

Der konservative „Daily Express“ bemerkte damals, dies wäre „das Ende des britischen Empire — nichts weniger.“ Bekanntlich ist es England gelungen, das Pfund stabil zu halten, während Frankreich nachgab und den Franken abwertete. Deshalb soll die Abwertung der Währungen eine der Hauptbedingungen des Marshall-Plans sein. Bereits am 7. Januar hat der Vorsitzende des Bankausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, Jesse Woolcott, eine Abwertung des britischen Pfundes auf 2,65 Dollar gefordert, d. h. auf zwei Drittel seines gegenwärtigen Wertes, und eine dementsprechende Abwertung anderer europäischer Währungen. Andernfalls, verlangte Woolcott, sollten sie keine Marshall-Gelder erhalten.

Aber weiter wird, wie wir sehen, von den 16 Ländern gefordert, daß sie Fonds in ihren eigenen Währungen im Werte der Lieferungen schaffen, über die sie nicht ohne Zustimmung der USA verfügen können. Die USA erhalten also die Kontrolle über einen bedeutenden Teil der Finanzen dieser Länder. Als dieser Vorschlag zum ersten Male auftauchte, da schrieb der überaus marshall-freundliche „Economist“:

„Wenn diese Gelder der Kontrolle der einzelnen Regierungen entzogen werden, dann würden diese einen wichtigen Bestandteil ihrer wirklichen wie ihrer äußeren Souveränität aufgeben.“ (The Economist 10. 1. 1948.)

Inzwischen ist diese Bedingung in den vom Kongreß angenommenen Gesetzesakt und in die zweiseitigen Verträge aufgenommen worden, und somit haben diese Länder tatsächlich einen „wichtigen Bestandteil ihrer Souveränität“ aufgegeben.

Eine eigene Handelspolitik ist unmöglich

Es wird den Ländern des Marshall-Planes auch nicht möglich sein, ihren Handel nach eigenem Gutdünken zu gestalten. Das ist aber ein Kernproblem ihres wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Selbst die Pariser Konferenz der 16 Länder hatte eine starke Entwicklung des Handels mit den osteuropäischen Ländern als Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung der europäischen Wirtschaft gefordert. Die Marshall-Länder werden in ihrer Handelspolitik nicht mehr frei sein. Nicht nur, daß sie sich verpflichten müssen, strategische Rohstoffe an die USA zu liefern, auch wenn sie diese unter Umständen selbst verarbeiten oder weit nützlicher im Austausch mit anderen Ländern verwenden könnten.

Es ist noch in guter Erinnerung, wie die Vereinigten Staaten seinerzeit versuchten auf Schweden einzuwirken, um den schwedisch-sowjetischen Handelsvertrag rückgängig zu machen und auf welche scharfe Ablehnung diese Einmischung bei der schwedischen Regierung stieß. Der Druck auf diese Länder im Rahmen des Marshall-Planes wird sich jedoch nicht auf Noten beschränken, er wird Teil des Planes selbst sein. Im Februar berichtete die „New York Times“ über die Handelsbesprechungen, bei denen die Sowjet-Union ein Angebot für 450 000 Tonnen Getreide an Belgien gemacht hatte und schrieb, sobald dieses Angebot in Washington bekannt geworden sei,

„wurden sofort Maßnahmen ergriffen, um von diesem Vertrage abzuschrecken, und wenn möglich, und notwendig, ihn zu verhindern.“

Im Rahmen des Marshall-Planes werden solche „Maßnahmen“ viel leichter sein. Man braucht, wie wir im Gesetzesakt gesehen haben, nur zu erklären, die Lieferungen seien gegen „das nationale Interesse“ der USA gerichtet und

schon können die Marshall-Gelder gesperrt werden. Ganz offen schrieb die führende Zeitung der USA, die „New York Times“ am 7. 4. 1948 unmittelbar nachdem der Marshall-Plan Gesetz geworden war, daß Mr. Hoffman

„riesige Macht besitzen werde, nicht nur über die Exporte dieses Landes, sondern auch derjenigen Länder, die Hilfe unter dem Marshall-Plan erhalten.“

Als der britische Handelsminister Wilson am 29. 4. 1948 im Unterhaus die direkte Frage vorgelegt bekam, ob Marshall-Lieferungen im Handelsaustausch mit der Sowjet-Union verwandt werden dürfen, antwortete er, „dies würde einer Klärung mit den betreffenden amerikanischen Stellen bedürfen“, und bewies damit, daß von Handelsfreiheit für die Marshall-Länder keine Rede sein kann.

Im Juli, nach Unterzeichnung der Verträge, hat der Verwalter Hoffman noch eindeutiger erklärt, daß alle Waren oder Rohstoffe, die in irgendeiner Form für „Rüstungen“ verwandt werden können, zu den für den Export in die Sowjet-Union und in die anderen am Marshall-Plan nicht teilnehmenden Länder verbotenen Artikeln gehören. Damit kann natürlich der Handel mit Osteuropa ganz unterbunden werden, denn schließlich kann heute alles zu Kriegszwecken benutzt werden.

Im April dieses Jahres veröffentlichte die UN-Wirtschaftskommission für Europa einen bedeutsamen Bericht über die europäische Wirtschaftslage. Daraus ging als wichtigste Schlußfolgerung hervor, daß auch die volle Durchführung des Marshall-Planes die wirtschaftlichen Probleme der europäischen Länder nicht lösen werde, und daß die einzige Chance der Gesundung in der planmäßigen Entwicklung des Handels zwischen West- und Osteuropa liege. Der UN-Bericht führte als Beispiel an, daß maschinelle Ausrüstungen für die Holzindustrie Osteuropas im Werte von fünf Millionen Dollar Westeuropa eine Ersparnis von 70 Millionen Dollar für amerikanische Holzeinfuhren bringen könnten. Marshall-Plan und Westeuropa-Union werden dies unmöglich machen. Die Westeuropa-Union ist eine wirtschaftliche Sinnlosigkeit. Treffend hat die der Labour-Party nahestehende Zeitschrift „New Statesman and Nation“ im April über die eigentliche Bedeutung der West-Union im Rahmen des Marshall-Planes geschrieben:

„Die Schaffung einer Westeuropa-Union mag die politische und militärische Basis abgeben, die das amerikanische Außenministerium braucht, aber wird sie, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, die grundsätzlichen Ursachen der Gleichgewichtsstörung berühren? Die Zusatzbestimmung zum Marshall-Plan, die Exporte gesperrter Güter nach Osteuropa verbietet, kann in der Tat die Entwicklung jenes Ost-West-Handels unmöglich machen, den das Pariser Komitee als einen wesentlichen Faktor der Erholung angesehen hatte.“

Es ist schon so, wie der berühmte schwedische Nationalökonom und Sekretär der UN-Wirtschaftskommission, Gunnar Myrdal, Ende April erklärte: Europas Gesundung ist unteilbar. Weil der Marshall-Plan Europa teilt, wird er die wirtschaftliche Gesundung der an ihm teilnehmenden Länder verhindern.

Die offene Tür für das amerikanische Kapital

Eine der wichtigsten Seiten des Marshall-Plans betrifft den in seinem Rahmen geplanten amerikanischen Kapitalexport. Wir hatten bei der Darstellung der amerikanischen Situation gesehen, daß eines der Hauptprobleme für die amerikanischen Kapitalisten darin besteht, profitable Anlagemöglichkeiten für die überschüssigen Kapitalien zu finden, die sie auf Grund der riesigen Profite in den letzten Jahren angesammelt haben. Der Marshall-Plan soll ihnen derartige Möglichkeiten schaffen. Von Kapitalanlagen im Auslande erwartet man, wie ein Bericht des amerikanischen Handelsministeriums betitelt „Die USA in der Weltwirtschaft“ feststellt, „größere Profite“. Unmittelbar nach Annahme des Marshall-Plans im Kongreß wurde bekanntgegeben, daß die amerikanische Regierung Garantien bis zu 14 Jahren übernehmen wird für Kapitalisten, die Investitionen in den Marshall-Ländern vornehmen wollen und zwar vorläufig bis zu einer Gesamtsumme von 300 Millionen Dollar.

Der Kapitalexport ist bekanntlich eines der charakteristischen Merkmale der Wirtschaft im Monopolkapitalismus. Aus einem Bericht des amerikanischen Finanzministeriums ging hervor, daß die amerikanischen Kapitalanlagen im Ausland, die vor dem ersten Weltkrieg 3,5 Milliarden Dollar betragen, im Jahre 1943 auf 13 Milliarden angewachsen waren. Derselbe Bericht schätzte die Anlagen auf 17,3 Milliarden für das Jahr 1945 und auf 21,6 Milliarden für das Jahr 1946.

Wenn wir diese Ziffern zum Ausgangspunkt nehmen, so ergibt sich aus Präsident Trumans Feststellung in seinem Wirtschaftsbericht vom 14. Januar 1948, wonach die amerikanischen Kapitalanlagen im Verlaufe des einen Jahres 1947 um 83 Prozent gestiegen seien, daß sie gegenwärtig bestimmt mehr als 40 Milliarden Dollar betragen.

Die Macht, die diese 40 Milliarden Dollar — achtmal soviel wie der Marshall-Plan — dem amerikanischen Finanzkapital über die Wirtschaft anderer Länder verleiht, ist gewaltig. Ausländisches Kapital bedeutet fast immer ein Maß von Abhängigkeit, aber wo es in großen Mengen einströmt, da heißt es todsicher Verlust der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit. Die Gefahr, daß das amerikanische Kapital sich die Wirtschaft, nicht nur kolonialer und halbkolonialer Länder, sondern auch relativ fortgeschrittener und selbst der großen Industrieländer unterwirft, ist im Rahmen des Marshall-Planes ganz unmittelbar.

Wahrscheinlich wissen nur die Herren der Wall-Street selbst, wie weit der Ausverkauf Westeuropas bereits gediehen ist. Die Tatsache aber, daß die

amerikanischen Kapitalanlagen im Auslande im Geburtsjahre des Marshall-Planes, 1947, ebenso hoch waren wie in den vorangegangenen 23 Jahren zusammengekommen, wird bestimmt einmal als eines der großen Ereignisse dieses Jahres in die Geschichte eingehen.

Hier einige Beispiele dafür, wie unmittelbar Marshall-Plan und andere amerikanische „Hilfs“-Projekte mit dem Export amerikanischen Kapitals zusammenhängen. Im Februar dieses Jahres berichtete Präsident Truman über wirtschaftliche und militärische Unterstützung Griechenlands. Dazu hieß es in einem Bericht der Reuter-Agentur:

„Im Zusammenhang mit dem Bericht an den Kongreß machte Präsident Truman den Vorschlag, die ungeheuren Mineralvorkommen in Griechenland auszubeuten, um Griechenlands wirtschaftliche Probleme zu lösen.“

Wenige Tage nach Annahme des Planes durch den Kongreß schrieb der halbamtliche US-Informationdienst (US-Information Service, 6. 4. 1948):

„Die Förderung privater amerikanischer Kapitalanlagen in Westeuropa steht in Uebereinklang mit einem der Hauptziele des amerikanischen Hilfsprogramms. Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgt die Politik, das amerikanische Privatkapital zu ermutigen, wenn nicht ganz, so doch teilweise, an die Stelle direkter amerikanischer Regierungshilfe zu treten.“

Besondere Aufmerksamkeit wird im Hinblick auf die Kapitalinvestitionen auch den Kolonien der westeuropäischen Länder zuteil. So erklärte das „Kunkel-Komitee“ des amerikanischen Kongresses in einem im März veröffentlichten Bericht über Großbritannien, es sei wünschenswert

„eine britische Garantie zu erhalten, die dem amerikanischen Privatkapital gleichen Zugang für die Entwicklungsmöglichkeiten in den von Großbritannien abhängigen Ländern und in seinen Kolonien sichert.“

Und im Mai forderte der Kongreßausschuß für Auslandshilfe, daß die Marshall-Länder ihre Kolonien für das amerikanische Privatkapital öffnen, daß dieses gleiche Rechte wie die Kapitalisten des Mutterlandes genieße, und daß diese Bedingung als „integrierender Bestandteil des Marshall-Planes“ betrachtet werde. Sie ist inzwischen in die zweiseitigen Verträge aufgenommen worden, die die westeuropäischen Länder unterschrieben haben. Der Marshall-Plan soll die Politik der „offenen Tür“, die Amerika für seinen Warenexport fordert, auch für den Kapitalexport herstellen. Die westeuropäischen Industrien in den Händen der großen amerikanischen Trusts, gewissermaßen als Zweigstellen der amerikanischen Mutterbetriebe, das bedeutet, wenn die Krise kommt, den Export der amerikanischen Erwerbslosigkeit nach Westeuropa. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß Filialbetriebe geschlossen werden, bevor das Hauptwerk an der Reihe ist, schon gar, wenn die Filialen im Ausland liegen.

Marshall-Plan und demokratische Reformen

Auch die Wirtschaftspolitik der Marshall-Länder wird nicht frei sein. Der Marshall-Plan ist ein durch und durch kapitalistisches Unternehmen. Daß er es bleibt, dafür werden die sorgen, die allein über sein Schicksal entscheiden, die Reaktionen des amerikanischen Kongresses. Seine Hauptverwalter, Hoffman und Harriman, sind typische Vertreter des amerikanischen „big business“. Hoffman ist Direktor des Studebaker Automobil-Konzerns und Harriman ist Teilhaber einer großen Bankfirma. Im Gesetzesakt des Kongresses wird immer wieder betont, der privatkapitalistische Handel sei zu fördern. Mr. Paul Hoffman selbst, der, wie wir sahen, über geradezu phantastische Vollmachten verfügt, hat sein Glaubensbekenntnis in folgendem Satz abgelegt:

„Nur unter dem Kapitalismus sind die wesentlichen Freiheiten des Menschen geschützt worden, und nur unter dem Kapitalismus hat der einfache Mann einen anständigen Lebensstandard genossen.“

Wird dieser Mann etwa die gewaltige Macht, die ihm gegeben ist, dazu verwenden, den Sozialisten zu ermöglichen, den heiligen Gegenstand seines Glaubens, das kapitalistische System zu unterminieren? Es gehört eine hübsche Portion Naivität oder Heuchelei dazu, das zu glauben. Selbst die Marshall-Planfreundliche sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ hat in ihrer Neujahrsausgabe geschrieben, daß

„die Kräfte, die heute den Strom der Hilfegüter und des Hilfekapitals kontrollieren, weit entfernt davon sind, von sich aus Sozialisten eine Chance zu geben.“

Aber sie werden auch dafür sorgen, daß sie sich diese Chance nicht selbst nehmen. In bezug auf den Handel hat Außenminister Marshall das selbst ausgesprochen in einer Rede vor der Handelskammer in Pittsburgh am 15. 1. 1948:

„Wir bekämpfen das System, das als Staatshandel bekannt ist“, sagte er.

Noch deutlicher war die Antwort, die Mr. Hoffman auf die Frage gab, was im Falle einer Nationalisierung der britischen Stahlindustrie geschehen würde. Laut „Daily Herald“ vom 14. 5. 1948 erklärte er:

„Wenn ein Plan zu uns käme, der um Dollar zur Modernisierung der Stahlindustrie ansuchte, und die britische Regierung kündigte einen Nationalisierungsplan für diese Industrie an, so könnte die Hilfe verweigert werden.“

Der Nationalisierungsplan wird nicht etwa untersagt. Großbritannien erhält nur einen Wink. Was für eine Art Wink das ist, versteht man aber nur, wenn

man weiß, daß die Modernisierung der Grundindustrien, insbesondere der Stahlindustrie, das fundamentale Problem der britischen Wirtschaft darstellt. Marshall-Plan und Bestrebungen zur Demokratisierung der Wirtschaft durch die Nationalisierung der Grundindustrien sind unversöhnliche Gegensätze. Das hat der bekannte Labour-Politiker und Soziologe Professor Laski bereits im Juli vorigen Jahres vorausgesagt, und er hat recht behalten:

„Ich glaube“, erklärte er damals, „daß die amerikanische Hilfe zu Bedingungen erkauf werden müßte, die eine europäische Sozialisierung verhindern soll und Westeuropa zwingen könnte, sich dem Muster der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen, das von den amerikanischen Erfordernissen diktiert wird.“

Marshall-Plan und Außenpolitik

Wenn in den Worten des Präsidenten Truman der Marshall-Plan „ein Hauptbestandteil der amerikanischen Außenpolitik“ sein wird, so wird umgekehrt die amerikanische Außenpolitik auch ein Hauptbestandteil des Marshall-Planes sein. Das heißt, die Länder, die den Marshall-Plan unterschreiben, werden wohl oder übel auch die amerikanische Außenpolitik unterschreiben müssen. Illusionslos hat der der Labour-Party nahestehende „New Statesman and Nation“ ausgesprochen, was sein wird:

„Das ERP. (Europäisches Erholungs-Programm), wie es ursprünglich in Marshalls Rede in Harvard entwickelt worden ist, wird, so fürchten wir, in wenig mehr verwandelt werden als in ein Honorar (auf großzügiger Skala), das in dem Glauben gegeben wird, daß es Westeuropa dazu bringt, den Kommunismus abzulehnen und das Recht Amerikas auf Kontrolle seiner Außenpolitik und Militärstrategie zu akzeptieren.“ (The New Statesman and Nation, 1. 5. 1948.)

Es gibt noch genügend Propagandisten des Marshall-Planes, die ihn als einen Beitrag zur Verteidigung der Demokratie und der Freiheit gegen den „Angriff des Totalitarismus“ ausgeben. Aber wie einfältig muß man sein, um das zu glauben, nachdem dasselbe Repräsentantenhaus, das den Marshall-Plan angenommen hat, mit Dreiviertel-Mehrheit für den Einschluß des faschistischen Franco-Spaniens in diesen Plan gestimmt hat? Franco-Spanien, zu dem die Vereinten Nationen die diplomatischen Beziehungen abbrechen, als Hort der Demokratie und Freiheit? Gewiß, der Beschluß ist im Interesse des Ausgangs der italienischen Wahlen schleunigst beiseitegeschoben worden. Aber kaum waren einige Wochen vergangen, da meldete „Die Welt“ (15. 5.), daß amerikanische Banken Franco-Spanien eine Anleihe von 200 Millionen Dollar gewähren werden, und daß Wall-Street einen Druck ausübe, Spanien in den Marshall-Plan aufzunehmen.

Der politische Charakter des Marshall-Plans hat noch direktere Wirkungen auf die Marshall-Länder. Am 16. Januar berichteten die Londoner „Times“:

„Mr. Forrestal, der Verteidigungsminister, sprach sich für die militärische Zusammenarbeit in Westeuropa zur Bekämpfung des Kommunismus aus, und später vor dem Senatsausschuß sagte er, er habe die Gewißheit, Mr. Marshall hätte die Möglichkeit erwogen, daß die europäischen Nationen Militärbasen für die amerikanischen Streitkräfte als Gegenleistung für wirtschaftliche Hilfe abgeben würden . . . Er würde es begrüßen, wenn die Streitkräfte Großbritanniens und der anderen 15 Mächte, die sich dem Marshall-Plan angeschlossen haben, einen einzigen Block gegen die Bedrohung des Kommunismus formen würden.“

Die Offenheit, mit der hier der wahre Charakter des Planes bloßgelegt worden war, veranlaßte die westeuropäischen Marshall-Anhänger zu bitteren Klagen über die „Ungeschicklichkeit“ der amerikanischen Politik. Die Pariser Zeitung „L'Aurore“ war böse:

„Durch solche Bedingungen“, schrieb sie, „bekommt die amerikanische Hilfe den Charakter eines sehr unangenehmen Handels. Sie gibt den Kommunisten, die als Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit auftreten, in ihrer Propaganda recht. Indem unsere amerikanischen Freunde unsere berechnete Empfindlichkeit verletzen, schaden sie ihrer eigenen Sache . . .“

Aber in der Politik spielen verletzte Empfindlichkeiten eine geringe Rolle, und nur wenige Tage nachdem der amerikanische Verteidigungsminister seinen Wunsch geäußert hatte, Großbritannien möchte mit den anderen 15 Ländern einen „einzigsten Block“ bilden, hielt Bevin seine bekannte Rede im Unterhaus, in der er die Westeuropa-Union forderte. Am nächsten Tage schrieb der halbamtliche US-Informationdienst:

„Außenminister Bevins Vorschläge zu einer Allianz unter den westeuropäischen Nationen erhielt die offizielle Beglaubigung („endorsement“ — das Wort stammt aus dem Giroverkehr, d. Verf.) der USA am 23. Januar in einer Erklärung, die vom Außenministerium herausgegeben wurde.“
(US-Information Service, 24. 1. 1948.)

Zwei Monate danach konnte das Düsseldorfener „Handelsblatt“ (18. März 1948) bereits einen Bericht der beiden amerikanischen Kommentatoren Joseph und Steward Alsop zitieren, in dem es hieß,

„Washington trete aus der wirtschaftlichen Phase seiner Weltpolitik in die strategische des Abschlusses von Allianzen, der Sicherung von Stützpunkten und des Aufbaus einer ergänzenden Wehrwirtschaft in Europa.“

Einen weiteren Monat später, als der Brüsseler Pakt der fünf Mächte bereits abgeschlossen war und seine militärischen Seiten in den Vordergrund traten, konnte dann die seriöse „Washington Post“ bemerken:

„Die Idee, den fünf Nationen des Brüsseler Paktes amerikanische Waffen zu liefern, ist eine vernünftige Ergänzung des ERP. (Marshall-Plans).“

(Washington Post, 27. 4. 1948.)

Es wird nicht die einzige „vernünftige Ergänzung“ bleiben. Was im Plane selbst festgehalten ist, zusammen mit allen „vernünftigen Ergänzungen“, wird letzten Endes das ergeben, was das „Handelsblatt“ kürzlich als die

„strategisch-politische Bedeutung des Marshall-Planes im Lichte der außenpolitischen Konzeption Washingtons“ bezeichnet hat.

Und das wäre wohl der letzte Sinn, die Quintessenz dessen, was offiziell „Europäischer Wiederaufbau-Plan“ genannt wird.

„Der Bedarf an Dollars macht uns alle zu Satelliten.“

Man wird die Frage aufwerfen, warum die 16 europäischen Regierungen trotz dieser ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zerstörenden Bedingungen, den Marshall-Plan angenommen haben. Die rechten sozialdemokratischen Führer antworten darauf mit Vorliebe, daß es für ihre Länder keinen anderen Weg gebe, wenn sie nicht den Lebensstandard ihrer Völker auf ein unerträgliches Niveau herabsetzen wollen. Der Labourabgeordnete Richard Crossman hat dieser Meinung im Oktober 1947 nach der Rückkehr aus den USA, wo er in Lake Success die UNO bei der Arbeit gesehen hatte, in geradezu klassischer Resignation Ausdruck gegeben, als er sagte:

„Der Bedarf an Dollars macht uns alle zu Satelliten.“

Natürlich ist das Argument, daß es keinen anderen Weg gebe, nicht stichhaltig. Letzten Endes wird nur der zum Satelliten, der es werden will. Die Behauptung, daß es keinen anderen Weg gibt, ist schon deshalb nicht richtig, weil der Marshall-Plan ja wirtschaftlich gar keinen Ausweg darstellt, wie es z. B. der zitierte Bericht der UN-Wirtschaftskommission offen aussprach. Selbst wenn wir uns die optimistischen Voraussagen des ersten Pariser Berichtes zu eigen machen, der allerdings mit weit mehr Dollars rechnete als von den Amerikanern zugestanden wurden, dann ergibt sich, daß der Lebensstandard der Marshall-Länder am Ende des Planes noch immer niedriger sein wird als im Jahre 1938.

Im Januar unterlief der „Times“ folgende unfreiwillige Gegenüberstellung, die das Problem des Wiederaufbaus in Europa ins rechte Licht rückt. In zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben schrieb das Blatt:

„Mr. Douglas teilte Senator Smith mit, daß der Lebensstandard der 16 Nationen im Jahre 1952 — am Ende des Marshall-Plans — noch immer niedriger sein wird als er im Jahre 1938 war.“

(The Times, 9. 1. 1948.)

„Im Jahre 1949 hofft jedes dieser Länder (in Osteuropa) den Stand seines Nationaleinkommens vor dem Kriege erreicht oder um ein Beträchtliches überschritten zu haben.“

(„Planung in Osteuropa“, The Times, 10. 1. 1948.)

Die Schwierigkeiten Westeuropas sind aber geringer als die Osteuropas, denn die Zerstörungen durch den Krieg waren in diesen Ländern weit umfangreicher. Wenn es ihnen trotzdem ohne Dollars möglich ist, ihre Volkswirtschaften rasch wiederherzustellen und das Vorkriegsniveau des Lebensstandards zu überschreiten, so ist das einzig und allein den grundlegenden Umwälzungen in ihrer sozialen und politischen Struktur zuzuschreiben. Während in den osteuropäischen Ländern durch die Nationalisierung der lebenswichtigen Industrien, die Durchführung einer demokratischen Bodenreform und nicht zuletzt durch den systematischen Aufbau einer Planwirtschaft, die alle Quellen und Energien des Landes in den Dienst des Wiederaufbaus stellt, ein steter Aufstieg verzeichnet werden kann, während sie wissen, daß ihre mehrjährigen Aufbaupläne verwirklicht werden, herrscht in den Marshall-Ländern, trotz oder gerade wegen der Dollars, Unsicherheit, Hoffungslosigkeit, Furcht vor dem Morgen.

Ein Plan, der keiner ist

Diese Unsicherheit hat ihre Wurzel darin, daß der Marshall-Plan gar kein Plan ist. Wie kann es auch einen Gesamtwirtschaftsplan für 16 Länder und drei Besatzungszonen geben, wenn keines der einzelnen Glieder dieses Unternehmens selbst einen Plan hat, wenn ihre eigenen Wirtschaften nur den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsanarchie und Konkurrenz gehorchen, wenn es keine nationalen Wirtschaftspläne, keine staatliche Lenkung des Innen- und Außenhandels gibt? Es ist eine Konzession an die Zugkraft der Idee der sozialistischen Planwirtschaft, daß die Gegner aller wirtschaftlichen Planung, die Propheten der „freien Marktwirtschaft“ und des „freien Unternehmertums“, die Herren der Hochburg des Kapitalismus ihre Dollarkredite und Warenlieferungen an die westeuropäischen Länder einen „Plan“ genannt haben.

Ein wirklicher Wirtschaftsplan ist in kapitalistischen Ländern nicht möglich. In der kapitalistischen Wirtschaft ist der Profit und nicht die planmäßige, harmonische Entwicklung der Volkswirtschaft und die Sicherung des Bedarfs maßgebend. So mußten die Experten der 16 kapitalistischen Länder in ihrem Bericht, der die Basis für den Marshall-Plan abgab, selbst das traurige Fazit aus ihren Beratungen ziehen: Es ist im Rahmen dieser Wirtschaftsordnung unmöglich, vorauszusehen, was geschehen wird. Sie sagten es am Ende ihres Berichts in diesen Worten:

„Es überschreitet die Fähigkeiten des Menschen, die Zukunft vorauszusagen. Der genaue Zeitpunkt, an dem der Plan von Erfolg gekrönt sein wird, hängt von der Geschichte der nächsten paar Jahre ab, die noch in einen Schleier gehüllt ist.“

Das ist das Eingeständnis der Unfähigkeit des Kapitalismus auch nur für eine kurze Periode zu planen und den Lauf der wirtschaftlichen Entwicklung vorherzubestimmen. Von Zeit zu Zeit schlüpft durch die engen Maschen des über die

ganze Welt gespannten Netzes der antikommunistischen Propaganda ein Eingeständnis über die ganz andere Lage in der sozialistischen Sowjet-Union und den Planwirtschaften der Volksdemokratien Osteuropas. Man kann nicht umhin, einzugestehen, daß es in der Sowjet-Union programmgemäß vorwärts geht, daß die Produktion im zweiten Quartal 1948 beispielsweise um 24 % höher lag als zur gleichen Zeit des Vorjahres, daß die Währungsreform erfolgreich war, daß die Bevölkerung sich mehr und bessere Waren kaufen kann als zuvor, wie das der bisherige Moskauer Korrespondent des „Manchester Guardian“, Alexander Werth, seinem Blatt berichten mußte.

Im Februar hat in einem seltenen Augenblick der Anerkennung des in Osteuropa Geleisteten der „Economist“ die britische Bevölkerung aufgefordert, sich an dem leidenschaftlichen Aufbauwillen Polens ein Beispiel zu nehmen. Und der für seine wilde antikommunistische Haltung berüchtigte „Daily Herald“ schrieb:

„Der Mann, der wahrscheinlich die beste Nachkriegsleistung in Europa vollbracht hat, ist Michal Kazcorowski, der polnische Minister für Wiederaufbau . . . Obgleich sein Land am schlimmsten zerstört wurde in Europa, hat sein Wiederaufbau größere Fortschritte gemacht als der irgendeines anderen Landes.“

(Daily Herald, 4. 6. 1948.)

Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit der osteuropäischen Länder, die ihren Handel planmäßig aufeinander abstimmen und in ihre eigenen Wirtschaftspläne einbauen, muß hier und da anerkannt werden. So leitete die „New York Herald Tribune“ einen Aufsatz über die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und der Tschechoslowakei mit den Sätzen ein:

„Eine Lektion im Wiederaufbau wird jetzt Westeuropa von zwei Ländern im Osten erteilt. Polen und die Tschechoslowakei werden ein Programm der Zusammenarbeit durchzuführen beginnen, das die sorgfältigste Aufmerksamkeit der 17 Länder verdient, die am ERP teilnehmen.“

(New York Herald Tribune, 10. 7. 1948.)

Der Weg ohne Dollars ist also durchaus gangbar. Und er ist nicht nur gangbar, man muß ihm sogar den Erfolg bescheinigen, wenn auch ungerne. Es ist daher nicht die Unmöglichkeit eines anderen Weges, die die Regierungen der westeuropäischen Länder bewog, ihre Völker an den Marshall-Plan zu binden. Die herrschenden Kreise dieser Länder wählen den Marshall-Plan und die Aufgabe ihrer Unabhängigkeit, sie wählen die Westeuropa-Union und eine kostspielige, über ihre Mittel gehende Außenpolitik, weil sie hoffen, auf diese Art die Lebensfrist des Kapitalismus zu verlängern und den Ansturm des Volkes gegen die alte Gesellschaftsordnung abzuschlagen.

In ihrem Haß gegen den Sozialismus, in ihrer Feindschaft gegen die Sowjet-Union haben die herrschenden Klassen der westeuropäischen Länder die nationalen Interessen preisgegeben. Das ist nichts Neues. Es ist im Grunde der

Weg, den die Pétain, Horthy, Hacha in ihren Ländern gegenüber der Hitlerschen „Neuen Ordnung“ einschlugen. In beiden Fällen ist die Furcht vor der Arbeiterklasse, der Haß gegen den Kommunismus der Beweggrund. Selbst ihre gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten — die ja den Marshall-Plan erst nötig und möglich gemacht haben — können zum wesentlichen Teil auf ihre Außenpolitik, auf die Linie des Sich-in-Abhängigkeit-Begebens zurückgeführt werden. Das beste Beispiel hierfür ist Großbritannien.

Die amerikanische Anleihe im Werte von 3,75 Milliarden Dollar hat Großbritannien wirtschaftlich nicht auf die Füße gestellt. Das Gegenteil ist offenbar der Fall, sonst müßte der Schatzkanzler Sir Stafford Cripps nicht immer wieder davor warnen, Großbritannien stünde vor dem finanziellen Bankrott. Aber die Anleihe und die britische Außenpolitik legten dem Lande derartige Verpflichtungen auf, daß die Krise der Wirtschaft sich ständig vertiefte. Vor mehr als einem Jahre schrieb der führende Volkswirtschaftler der Labour Party, Professor G. D. H. Cole bereits im „New Statesman and Nation“ (5. 4. 1947):

„Die bloße Existenz der Anleihe hat die Amerikaner befähigt, uns Verpflichtungen aufzuerlegen, die wir sonst gezwungen gewesen wären abzulehnen, weil sie weit über unsere unmittelbaren Kräfte gegangen wären. Wir wären nicht in der Lage gewesen, die Bewachung Griechenlands gegen die Russen fortzusetzen oder auf so verhängnisvolle Weise in Palästina herumzuspielen, oder als kapitalistische Polizisten im ganzen Nahen und Mittleren Osten tätig zu sein.“

Die ökonomische Uebersicht für das Jahr 1948, die die britische Regierung veröffentlicht hat, gab ein Bild von den Kosten der britischen Außenpolitik. Im Jahre 1946 waren die überseeischen Militärausgaben für das gesamte Defizit der Zahlungsbilanz in Höhe von 380 Millionen Pfund verantwortlich, in den Jahren 1946 und 1947 zusammengekommen machten sie 56 % des gesamten britischen Defizits aus. Auch für das erste Halbjahr 1948 gehen die Schätzungen der Regierung dahin, daß über die Hälfte des Dollardefizits auf Konto der Militärausgaben im Auslande gehen wird. Es ist also die Außenpolitik, die in erster Linie für die schwere finanzielle Lage verantwortlich ist. Dasselbe gilt für Frankreich. Ueber die französischen Militärausgaben schrieb das Schweizer Blatt „Die Tat“ im Juli:

„Die erdrückende Last der Militärausgaben . . . ist eines der schwersten Hindernisse für den französischen Wiederaufbau. Während auf allen Gebieten die Einsparungspolitik bis ins Kleinliche getrieben wird, verschlingt allein der endlose Guerillakrieg in Indochina jährlich mehr als das ganze Budget für Erziehungswesen beträgt.“

Es ist diese Politik, die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößert und schließlich den Marshall-Plan zum „einzigsten Ausweg“ gemacht hat. Sobald der Weg der politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA und der Bildung des „Westblocks“ einmal beschritten war, mußte er naturnotwendig in

noch stärkere Abhängigkeit führen. Die Völker Westeuropas werden nur allzu bald erkennen müssen, daß ein wirtschaftlicher Aufstieg auf diesem Wege niemals verwirklicht werden kann. Sie werden von Tag zu Tag mehr ihre Blicke nach dem Osten Europas wenden, dessen Völker ohne Großkapitalisten, ohne Großgrundbesitzer und ohne Dollars planmäßig ihre Wiederaufbaupläne meistern und sich aus eigenem eine bessere Zukunft gestalten.

V. Das ganze Deutschland — oder der Marshall-Plan?

Damit wären wir beim letzten und wichtigsten Kapitel — unserem eigenen Verhältnis zum Marshall-Plan. Alles, was bisher gesagt worden ist, wird für den westdeutschen Separatstaat, der gemäß den Londoner Sechsmächte-Empfehlungen geschaffen wird, ebenso gelten wie für die anderen am Marshall-Plan teilnehmenden Länder, nur noch schärfer, empfindlicher, drückender. Denn bei diesem Trizoniesien wird es sich um ein Gebilde handeln, dem auch nicht der Schein einer Selbständigkeit zukommt. Aber für uns geht es um mehr. Mag für die anderen Länder die Frage lauten: Marshall-Plan oder nicht? — für uns heißt sie: Marshall-Plan oder Deutschland? Für uns ist Annahme oder Ablehnung des Marshall-Planes gleichbedeutend mit der Frage: ein zweigeteiltes oder ein geeintes Deutschland?

Warum Marshall die Außenministerkonferenz abbrach

Die deutschen Freunde des Marshall-Planes in den Führungen der CDU und SPD wollten von einer solchen Fragestellung nichts wissen. Sie lehnen sie ab und behaupten, nicht der Marshall-Plan, sondern die Forderungen der Sowjet-Union seien schuld an der Spaltung Deutschlands. Aber woran sind die Verhandlungen der Außenminister in London wirklich gescheitert? Der äußere Anlaß waren zwar die Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Reparationen aus der laufenden Produktion. Aber selbst die eifrigsten Befürworter des Standpunktes der Westmächte glaubten nicht, daß dies der wirkliche Grund für die Forderung Marshalls auf Abbruch der Konferenz war.

Als Beweis dafür genügte es anzuführen, daß die Begründung, mit der die russische Forderung abgelehnt wurde, äußerst widerspruchsvoll war. Die angelsächsischen Mächte lehnten ab, weil sie „ihren Steuerzahlern nicht zumuten wollten, an Rußland Reparationen zu zahlen“, während Frankreichs Außenminister Bidault erklärte, Molotows Vorschlag würde letzten Endes auf eine bedrohliche Erstarkung der deutschen Industrie hinauslaufen, die Frankreichs Sicherheit gefährde, auch wenn Molotow dem Kind den Namen „Friedensindustrie“ gebe.

Daß das Argument der angelsächsischen Mächte jedoch nicht wirklich ernst gemeint ist, hat der Berliner Korrespondent der „New York Herald Tribune“ be-

reits zur Zeit der Moskauer Außenministerkonferenz durch folgenden Bericht bestätigt:

„Mäßige Reparationen für Rußland aus der laufenden Produktion der westlichen Besatzungszonen Deutschlands würden den amerikanischen Steuerzahler weniger kosten als eine dauernde Spaltung Deutschlands zwischen Ost und West, wie ein bisher geheimes Memorandum von Experten der amerikanischen Militärregierung feststellt . . . Die Einfuhr von Lebensmitteln und anderen notwendigen Bedarfsartikeln . . . kostet 350 Millionen Dollar im Jahr oder nur ein Drittel der Kosten für den Unterhalt der amerikanischen Streitkräfte hier . . . Wenn die Einheit da wäre, könnte jeder der Alliierten binnen kurzer Zeit seine Besatzungstreitkräfte auf 10 000 oder 12 000 Mann pro Land herabsetzen. Das würde dem amerikanischen Steuerzahler ungefähr 150 bis 200 Millionen Dollar kosten, verglichen mit den gegenwärtigen Kosten von 1 Milliarde Dollar im Jahr für die Armee. Der Steuerzahler würde auf diese Weise 800 Millionen Dollar jährlich oder 8 Milliarden Dollar in 10 Jahren an Besatzungskosten sparen.“ (New York Herald Tribune, 10. 4. 1947.)

Drei Tage vor Schluß der Londoner Außenministerkonferenz gab die führende Wirtschaftszeitschrift der kapitalistischen Welt, der „Economist“ den wahren Grund für das Scheitern der Verhandlungen. Er führte aus:

„Die Einheit Deutschlands auf der Grundlage einer Einigung der vier Mächte dürfe nicht — wörtlich — ‚um den Preis der Verkrüppelung oder Aufgabe des Marshall-Plans‘ erkaufte werden“. Dieser Preis, schrieb das Blatt, wäre zu hoch. Das höchste Ziel der westlichen Mächte während der nächsten fünf Jahre müsse der Plan für Westeuropa sein, und die deutsche Einheit wäre nur dann von Nutzen, wenn sie zu diesem Ziele beitrage. Dann schlußfolgerte der „Economist“, ein eventueller Zusammenbruch der Londoner Außenministerkonferenz sollte die Westmächte nicht sehr beunruhigen, ihre Position für zukünftige Verhandlungen würde sich bessern, wenn sie jetzt in der deutschen Frage keinerlei Konzessionen machten, die den Marshall-Plan schwächen könnten.

Das war der wirkliche Grund für den Zusammenbruch der Londoner Konferenz. Der Marshall-Plan ohne Westdeutschland, ohne die Ruhr nämlich, gliche einem totgeborenen Kind. Die Industrien der Ruhr sind sein Herzstück. Die Frage in London war: Marshall-Plan oder deutsche Einheit, und die Westmächte hatten sich schon vorher für den Marshall-Plan entschieden. Ist aber der Schluß des „Economist“ richtig — und daß er es ist, hat nicht zuletzt das Londoner Sechsmächte-Abkommen über die Ruhr bewiesen — so bestand in London für keinen Augenblick auch nur die geringste Verhandlungsbasis mit der Sowjet-Union. Denn ihre Stellung zum Marshall-Plan war hinlänglich bekannt und niemand konnte daran zweifeln, daß sie in London nicht über ihn, sondern über die deutsche Frage auf der Grundlage der früheren alliierten Abkommen verhandeln wollte.

Die Erkenntnis, daß der Marshall-Plan und die Einigung der vier Mächte über die Schaffung eines einheitlichen Deutschlands miteinander unvereinbar waren, haben sich unvoreingenommene Beobachter aller politischen Richtungen zu eigen gemacht. Nicht nur der „Economist“, sondern auch der der Labour-Party nahestehende „New Statesman and Nation“ kam zu diesem Schluß. Er verlegte sogar das Scheitern der Verhandlungen einige Monate zurück, als er am 20. Dezember 1947, zwei Tage vor Abbruch der Außenministerkonferenz schrieb:

„In der Tat, von dem Moment, wo die Pariser Konferenz (der 16 Mächte, d. Verf.) zu dem Ergebnis kam, daß die deutsche Produktion für den Erfolg der Wiedergesundung der westeuropäischen Gruppe, die von amerikanischen Dollars geölt wird, notwendig war — mußte es für jedermann klar sein, daß der Erfolg des Marshall-Plans unvereinbar ist mit einer Kontrolle von vier Mächten über ein geeintes Deutsches Reich.“

Darin sind sich also der gemäßigt-konservative „Economist“, der sozialdemokratische „New Statesman and Nation“ und die Marxisten einig — mit dem Unterschied, daß erstere den Marshall-Plan mit der Spaltung Deutschlands und Europas wählen, letztere dagegen die Einheit Deutschlands und die Einigung der vier Großmächte in dieser für das Schicksal Europas entscheidenden Frage — ohne Marshall-Plan.

Die Ruhr — das Herzstück des Marshall-Plans

Die Ruhr steht im Mittelpunkt des Marshall-Plans. Wer die Ruhr kontrolliert, beherrscht nicht nur die Wirtschaft Westdeutschlands, er hat auch die Gewalt über die Wirtschaft der westeuropäischen Länder, die von der Ruhrkohle abhängen. Das Ruhrgebiet ist die größte schwerindustrielle Zusammenballung Europas. Seine politische und militärisch-strategische Bedeutung ist unvergleichlich.

Das Londoner Sechs-Mächte-Abkommen zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Ländern hat nunmehr die direkte Grundlage geschaffen für die Eingliederung dieses „Herzstückes“ in die „Westeuropa-Union“, die unter amerikanischer Schutzherrschaft gebildet wurde. Sogar rein zahlenmäßig werden die Vereinigten Staaten in der „Internationalen Autorität“, die die Ruhr-Kontrolle ausüben soll, stärker vertreten sein als die anderen Westmächte, denn in dem Zusatzabkommen über diese Kontrolle wird ausdrücklich festgelegt, daß „bis die vertragschließenden Regierungen anders entscheiden“, die deutschen Stimmen von den Mächten ausgeübt werden, die für die „wirtschaftliche Verwaltung“ des Teiles Deutschlands, in dem die Ruhr liegt, die Verantwortung teilen. Das sind bekanntlich Großbritannien und die USA, wobei seit dem

Washingtoner Abkommen vom Ende vorigen Jahres die USA, die den Löwenanteil der Kosten bestreiten, in allen gemeinsamen Verwaltungen die beherrschende Stellung eingeräumt erhielten.

Gestärkt wird diese Position der USA noch durch eine der bemerkenswertesten Klauseln der Londoner Sechs-Mächte-Empfehlungen (Punkt II, Absatz c), die das „Prinzip der Nicht-Diskriminierung gegenüber ausländischen Interessen in Deutschland“ erneut zu bestätigen empfiehlt, und die Regierungen „zum Studium des Problems der Sicherung ausländischer Interessen“ auffordert. In anderen Worten: das ausländische Kapital an der Ruhr soll geschützt und gefördert werden, und die mächtigsten fremden Kapitalinteressen sind entweder jetzt schon amerikanisch oder sie werden es sehr bald sein.

Von allem Anfang an hat die Ruhr in den Diskussionen um den Marshall-Plan und die Westeuropa-Union die größte Rolle gespielt. Bereits bevor die Politik der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans voll ausgereift war, am 17. Januar 1947, sprach der führende Außenpolitiker der reaktionären republikanischen Mehrheit des amerikanischen Kongresses und „kommende republikanische Außenminister“, John Foster Dulles, von der Ruhr als von dem „natürlichen wirtschaftlichen Herzen“ Westeuropas und forderte, daß sie „Lebensspender nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Westeuropa“ werde. Er fügte wörtlich hinzu:

„Dies ist jedoch unwahrscheinlich, wenn der deutsche Friedensvertrag Deutschland einfach als eine einzige wirtschaftliche Einheit wiederherstellt, die nur der deutschen politischen Kontrolle untersteht . . .“

In diesem Satz liegt der Ursprung für das, was der Marshall-Plan in seiner Anwendung auf Westdeutschland bedeuten wird und auch die Wurzel alles dessen, was nunmehr gemäß den Londoner Empfehlungen unter der „schöpferischen Mitarbeit“ — wie die Ministerpräsidenten sich ausdrückten — der CDU- und SRD-Führer verwirklicht wird. Deutschland darf nicht — in den Worten Dulles — „als eine einzige wirtschaftliche Einheit wiederhergestellt werden, die nur der deutschen politischen Kontrolle untersteht“. Denn dann könnte die Ruhr nicht das Herzstück eines Westeuropa-Blocks sein, unter der Schutzherrschaft des amerikanischen Finanzkapitals, dessen politischer Sprecher John Foster Dulles ist, das Aufsichtsratsmitglied führender New Yorker Großbanken und des Nickeltrusts.

Der Dollar als „kontrollierender Faktor“

Nie haben Dulles und seine Freunde den geringsten Zweifel darüber aufgenommen lassen, wer dieses „Herzstück Westeuropas“ kontrollieren soll. Bereits im Herbst vorigen Jahres erschienen in amerikanischen Zeitungen Inserate, veröffentlicht von amerikanischen Kapitalistengruppen, die durch die Mc Graw Hill Publishing Co. vertreten waren, in denen es u. a. hieß:

„Für Amerikaner und für amerikanische Kaufleute ist heute der wichtigste Punkt auf der Erde das Ruhrgebiet . . . Wir sollten es beaufsichtigen. Die Briten haben die Ruhrindustrie kontrolliert. Man kann sich vorstellen, daß sie Washington vorschlagen werden, weiterhin die Kontrolle zu behalten, während wir die Rechnung bezahlen. Dazu sollten wir niemals unsere Zustimmung geben. Es gibt einen gesunden Grundsatz, wonach der, der die Kapelle bezahlt, auch bestimmt, was gespielt wird.“

Dieser „wichtigste Punkt auf der Erde für amerikanische Kaufleute“ und die Einheit Deutschlands — das und nicht weniger ist der Preis, den das deutsche Volk für den Marshall-Plan zahlen soll. Ist das nicht, um mit dem konservativen britischen Lord Beaverbrook zu reden, etwas viel für die „Zigaretten, die getrockneten Pflaumen und das Trockenei“ dieses Plans? Man wird einwenden, das Inserat sei der Wunsch amerikanischer Kapitalisten und ihr Ziel, aber nicht wirklich durchsetzbar. Halten wir uns also an das, was bisher an Tatsachen bekannt geworden ist.

In der sogenannten Sozialisierungsdebatte im Landtag Nordrhein-Westfalen hat Dr. Adenauer, der es wissen sollte, erklärt, die Bergbauindustrie der Ruhr sei zu 34 Prozent in ausländischen Händen, und das allein mache eine Sozialisierung unmöglich. Das war eine sehr interessante Ziffer, weil nämlich in allen vorher bekannten Verlautbarungen nur von 20 Prozent die Rede gewesen ist. Dann ließ sich die „New York Herald Tribune“ am 14. April 1948 aus Essen melden, die „lebenswichtige Ruhr“ lade nunmehr Privatkapital aus dem Auslande ein, um genügend Kapital zur Modernisierung der Gruben zu erhalten. Die anglo-amerikanischen Behörden hätten offizielle Kapitalinvestitionen gestoppt und die Betonung liege nunmehr auf privaten Anleihen.

„Französische und amerikanische Grubeninteressenten stehen, wie gut informierte Beamte hier erklären, an der Spitze unter denen, die an Kapitalanlagen im Ruhrgebiet interessiert sind“, hieß es in diesem Bericht.

Ueber den amerikanischen Einfluß an der Ruhr schrieb dann die bekannte französische Wirtschaftszeitschrift „La Semaine Economique et Financière“ kurze Zeit danach:

„Zwar bleiben die Bergwerke zunächst unter gemeinsamer Kontrolle, aber die technischen Beiräte der Amerikaner sind darin führend. Und wenn auch bei den Kohlenbergwerken keine unbeschränkten Möglichkeiten für sie bestehen, so beschäftigen sie sich um so intensiver mit der Entwicklung der Stahlindustrie.“

Am 15. Mai schließlich veröffentlichte das britisch subventionierte Blatt „Die Welt“ eine Meldung des „Times“-Nachrichtendienstes, in der es hieß, „daß amerikanische Geldgeber ein ganz besonderes Interesse an Westdeutschland nehmen, obwohl ausländische Investitionen noch verboten sind und feststeht,

daß die amerikanischen wirtschaftlichen Stellen eine wirksame Kontrolle durch die Organisation der JEIA ausüben.

„Der Schlüssel zum Verständnis der amerikanischen Politik“, schrieb das Blatt, „liegt in dem Interesse, das von amerikanischer Seite an der chemischen Industrie, der Stahl- und Kohlenindustrie genommen wird, die nominell noch ohne Eigentümer sind. Inzwischen bildet der Dollar den kontrollierenden Faktor.“

Diese Industrien werden ihre Eigentümer finden, und es wird nicht das deutsche Volk sein, dem sie im Zeichen des Marshall-Planes übereignet werden. Der Dollar — das ist das amerikanische Finanzkapital, das ihn besitzt — wird den „kontrollierenden Faktor“ bilden. Und dieser „kontrollierende Faktor“ wird auch durchsetzen — was die Reisegruppe des Außenpolitischen Ausschusses des Kongresses im Februar 1948 in einem Bericht forderte — daß die deutschen Industriunternehmen an ihre früheren kriegsverbrecherischen Besitzer zurückgegeben werden. Natürlich erst dann, wenn sich die amerikanischen Kapitalisten den beherrschenden Einfluß gesichert haben.

Als der britische Außenminister Bevin noch die Ueberführung der deutschen Schwerindustrie in öffentliches Eigentum befürwortete, da fand er richtige Worte über diese Eigentümer. Am 22. Oktober 1946 sagte Bevin:

„Diese Industrien waren früher in den Händen von Magnaten, die aufs engste mit der deutschen Militärmaschine verbunden waren, die Hitler finanzierten und in zwei Jahren zum untrennbaren Bestandteil der Aggressionspolitik Deutschlands wurden.“

Aber das ist lange her. Im Rahmen des Marshall-Plans ist an eine Ueberführung der Ruhrindustrien in Volkseigentum nicht zu denken. Das Versprechen der Labour-Regierung, auf „Sozialisierung“ der Ruhrindustrien, auf das Dr. Schumacher seine Ehre setzte, ist still begraben worden. Die in Potsdam beschlossene Entkartellisierung der deutschen Wirtschaft wurde in den Westzonen nie durchgeführt. Scheinmaßnahmen in der Stahlindustrie, unter dem Direktorat des ehemaligen Nazi-Direktors des Stahltrusts „Vereinigte Stahlwerke“ neben Krupp und IG-Farben eine der drei Säulen der Hitlerschen Kriegswirtschaft, waren im Grunde neue Kartellbildungen. Dies ist sogar von sozialdemokratischer Seite zugegeben worden.

Damit nicht genug, sollen jetzt auch die letzten Entkartellisierungsmaßnahmen eingestellt werden. Diese Tatsache ist ein hübscher Beitrag zum Thema Vertragstreue, das in den Auseinandersetzungen um den westdeutschen Separatstaat und um Berlin eine so große Rolle spielt. Ueber die Entmonopolisierung und Entkartellisierung haben die Alliierten auf allen Konferenzen Einstimmigkeit erzielt. Noch auf der Londoner Außenministerkonferenz Ende 1947 wurde ein gemeinsamer Beschluß gefaßt, der u. a. vorsah, daß die Entkartellisierung, wenn das

deutsche Volk es so will, auch auf dem Wege der Ueberführung von Industrien in die öffentliche Hand erfolgen soll.

Aber Verträge sind nicht immer dazu da, eingehalten zu werden. Am 24. April meldete der Londoner „Economist“ in einem Spezialbericht über Deutschland,

man diskutierte „in hohen Kreisen“ gegenwärtig „amerikanische Vorschläge, die Entkartellisierung zu beenden.“

Fast zwei Monate später wird dieser Bericht des „Economist“ von der größten amerikanischen Zeitung, der „New York Times“, bestätigt, die am 12. 6. 1948 schreibt, die USA wollten

„die bestehenden industriellen Kartelle benutzen oder neue bilden, um die deutsche Wirtschaft wieder auf die Füße zu stellen.“

So wird mit dem Dollar als „kontrollierender Faktor“ auch die alte Partnerschaft zwischen den amerikanischen und deutschen Kartellen wieder aufleben.

Die Schuld der deutschen Marshall-Parteien

Gegenüber diesen zwei Lebensfragen — der Zerteilung Deutschlands und der Unterwerfung der Ruhr unter das Diktat amerikanischer Finanzmagnaten — sind die anderen Ergebnisse des Marshall-Plans für Westdeutschland weniger bedeutsam, obgleich auch jedes einzelne von ihnen über Arbeit oder Arbeitslosigkeit, Brot oder Not, sozialen Fortschritt oder Reaktion für Millionen Menschen entscheiden wird. Man wird deshalb die Haltung der deutschen politischen Parteien und jedes einzelnen Politikers in erster Linie nach seinen Handlungen in diesen beiden Fragen beurteilen müssen.

Die Führer der CDU-CSU und der SPD, der beiden größten Parteien der Westzonen, haben sich stets voller Begeisterung für den Marshall-Plan eingesetzt. Sie haben jeden, der gegen den Plan war, beschuldigt, er sei ein „Saboteur“ des Wiederaufbaus und wolle das Chaos. Was schwerer wiegt als alles andere ist jedoch daß sie jeden Schritt, der sich logischerweise aus der Marshall-Plan-Politik der Westmächte ergab, guthießen und zu ausführenden Organen bei der Errichtung eines separaten westdeutschen Staates und bei der Verwirklichung der geschilderten Ruhrpläne wurden.

Selten hat sich mehr bewahrheitet, daß wer „A“ sagt auch „B“ sagen muß, als im Falle der Führer der CDU und SPD. Sie haben zu allen separaten Maßnahmen in den Westzonen — von der Errichtung der bizonalen Verwaltungen angefangen, über den Wirtschaftsrat und die Bildung des Direktoriums und Länderrats — „ja“ gesagt, immer mit der Begründung, es gehe um notwendige Verwaltungsmaßnahmen und man werde sich stets gegen die Errichtung eines

westdeutschen Staates wenden, der die Spaltung Deutschlands bedeute. Aber die „Logik der Dinge“ hat sie gezwungen, wie „Die Welt“ es einmal voraus-sagte, bis zu Ende zu gehen.

Die letzte Etappe dieses Weges gehört zu den beschämendsten Kapiteln der jüngsten deutschen Entwicklung. Als die Londoner Empfehlungen der sechs Mächte im Juni veröffentlicht worden waren, hatten die Führer der Frankfurter Koalitionsparteien mit Entrüstung die Annahme derartiger Bedingungen abgelehnt. Dr. Adenauer hatte über das Ruhrstatut gesagt, es bedeute die „Ausplünderung der deutschen Wirtschaft“ und war so weit gegangen, zu erklären, das deutsche Volk werde vielleicht

„durch Verweigerung der Zusammenarbeit seine Ehre retten müssen.“

Eine offizielle Verlautbarung der Arbeitsgemeinschaft CDU-CSU der drei Westzonen hatte festgestellt, eine Annahme der Londoner Vorschläge würde

„gleichbedeutend sein mit der wirtschaftlichen Unterwerfung Deutschlands unter ein Diktat der fremden Mächte“ und die Empfehlungen stellten „eine neuzeitliche Form der Annektion mit dem Ziel einer vollständigen wirtschaftlichen Beherrschung dar.“

Die Führer der SPD waren in der Ablehnung der Vorschläge zwar etwas vorsichtiger gewesen, aber die Worte des Berliner SPD-Organs „Sozialdemokrat“ (9. 6. 1948) hatten keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß man auch auf dieser Seite wußte, was das Sechs-Mächte-Abkommen für Deutschland bedeuten würde.

„... Es ist nicht der Fehler der Sozialdemokratie“, schrieb das Blatt, „wenn ihr durch die Deklaration der ‚Unteilbarkeit‘ der Empfehlungen an die alliierten Regierungen eine summarische Ablehnung aufgezwungen wird ... In Wirklichkeit handelt es sich jetzt lediglich um die ‚Freiheit‘, zu dem von den sechs Mächten vereinbarten Kompromiß über diese Organisationen und Institutionen ja oder nein zu sagen ... In konstitutioneller Hinsicht haben wir es mit Auflagen zu tun, die über das Sicherheitsinteresse der Besatzungsmächte hinausgehen ... Hinzu kommt, daß die internationale Lage keineswegs völlig geklärt ist und daß mit den Londoner Empfehlungen offenbar militärische Vereinbarungen verbunden sind, bei denen Deutschland lediglich Objekt sein wird ...“

„Wirtschaftliche Unterwerfung“, „neuzeitliche Form der Annektion“, „summarische Ablehnung“, „Deutschland lediglich Objekt“ — man sollte meinen, daß eine solche Beurteilung der Londoner Empfehlungen zu den nötigen praktischen Konsequenzen in der Politik dieser Parteien hätte führen müssen. Aber was geschah?

Einen Monat später beriefen die Militärgouverneure der drei Westzonen eine Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder ein, auf der sie ihnen die Londoner Empfehlungen vorlegten und ihre Stellungnahme verlangten. Es waren dieselben Empfehlungen, die von den Führungen der CDU und SPD, denen die Ministerpräsidenten angehören, aufs schärfste abgelehnt worden waren. Nicht die geringste Aenderung war vorgenommen worden. Dennoch war das Gedächtnis dieser Politiker nach einem Monat bereits derart getrübt, daß die gleichen Empfehlungen, die im Juni in so heftiger Weise ihre Zungen gelöst hatten, ihnen im Juli plötzlich die Sprache verschlugen, und sie sich Bedenkzeit erbeten mußten, um Stellung zu beziehen.

Was sich weiterhin in Koblenz, Rüdesheim und Frankfurt abspielte, rechtfertigte die Warnung der KPD, die Bedenkzeit solle nur den Rückzug und die Kapitulation einleiten. Man versuchte in Koblenz gegenüber der deutschen Öffentlichkeit noch den Schein einer Abgrenzung von den Londoner Empfehlungen zu wahren, allerdings nur in nebensächlichen Fragen, während man die Grundlagen der Empfehlungen von Anfang bis Ende schluckte. In der Begleitnote zu ihren Koblenzer Vorschlägen stellten die Ministerpräsidenten bereits gehorsamst fest:

„Die Vorschläge sind Ausdruck ihres Willens, an der Lösung der gestellten (I) Probleme schöpferisch mitzuarbeiten, um das in den Dokumenten gesteckte Ziel möglichst schnell und wirksam zu erreichen.“

Hatte man also gestern noch von einer „neuzeitlichen Form der Annektion“ und von „summarischer Ablehnung“ gesprochen, so war man heute schon bereit, das „gesteckte Ziel möglichst schnell und wirksam zu erreichen.“ In den weiteren Beratungen warf man schließlich auch den Schein der „Gegenvorschläge“ über Bord und akzeptierte alles — die Errichtung eines westdeutschen Separatstaates, das Besatzungsstatut mit der Sechs-Mächte-Kontrolle der Ruffr und der Kontrolle des Außenhandels, den dekretierten Föderalismus, die „Verfassung“ und die Nichtdurchführung von Wahlen für das Gebilde, das sie ausarbeiten soll, neue Grenzziehung der Länder — alles wurde gutgeheißen.

Damit hatten die verantwortlichen Führer der CDU-CSU und der SPD jeden selbständigen deutschen Standpunkt preisgegeben. Ihre Worte vom Juni 1948 dürfen jedoch nicht in Vergessenheit geraten. Das deutsche Volk wird hoffentlich bald ihre Taten von Koblenz, Rüdesheim und Frankfurt an diesen ihren eigenen Worten messen und feststellen, daß es im Juli 1948 Parteiführer und Politiker in den Westzonen Deutschlands gab, die wider besseres Wissen an der Aufspaltung Deutschlands mitwirkten.

Was der Plan den Westzonen bringen wird

Wirtschaftlich gesehen, das beweist alles bisher über die Stellung der Westzonen im Marshall-Plan veröffentlichte Material, wird sich an der bisher verfolgten Politik nichts ändern. Die Westzonen werden weiter — laut dem offiziellen Plan des Bizonen-Wirtschaftsrates und den Erklärungen des Generals

McReady — zu mehr als zwei Dritteln Rohstoffe ausführen, insbesondere die kostbarsten: Kohle und Holz. Das soll ihr wesentlicher Beitrag zum Marshall-Plan sein.

Die westdeutsche Fertigwarenausfuhr, die einzige wirkliche Aufstiegsmöglichkeit für die Wirtschaft eines hochindustrialisierten Landes, wird weiterhin gedrosselt werden durch die gleichen Konkurrenzinteressen, die sie bisher nicht haben aufkommen lassen. Dafür wird einmal die Tatsache sorgen, daß die Bizone auf gegenwärtig die Bizone Dollargebiet sein wird, und die allgemeine Dollarknappheit eine Entfaltung des westdeutschen Exportes verhindern muß, und zweitens der überhöhte Wechselkurs der D-Mark (1 D-Mark = 30 Cents), der es dem deutschen Produkt erschwert, preismäßig mit den Waren aus anderen Ländern zu konkurrieren. Das übrige wird die Klausel der Londoner Empfehlungen besorgen, die den Außenhandel unter Kontrolle der Westmächte stellt.

Der sozialdemokratische Wirtschaftsminister für Nordrhein-Westfalen, Professor Noe l t i n g, hat im Februar davon gesprochen, daß die Ausfuhrpolitik der Bizone der eines Koloniallandes gleiche. Daran wird sich nichts ändern. Im Gegenteil, es ist zu erwarten — und für Koks sind bereits Beweise vorhanden —, daß sich die Ausfuhr der wichtigsten Rohstoffe nach dem Londoner Abkommen, in dem die Verteilung der Ruhr-Produktion an Kohle, Koks und Stahl den sechs Westmächten übertragen wird, noch erhöhen werden.

Andererseits beweisen im Juli in Paris geführte Verhandlungen unter den 16 am Marshall-Plan teilnehmenden Ländern, über die nur wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist, daß die Widerstände gegen die Aufhebung der Dollarklausel für den Export aus der Bizone sehr stark sind. Ueber die Auswirkungen der Dollarklausel behauptete das Düsseldorfer „Handelsblatt“ (27. 5. 1948) nicht mehr und nicht weniger, als daß

**„der Zwang der Kundenländer zur Dollarzahlung den natürlichen Güter-
austausch zwischen Bizone und Europa verhindert.“**

Zwar hören wir immer wieder optimistische Ankündigungen, wonach das Exportverfahren allmählich an deutsche Stellen übergehen und die JEIA endgültig verschwinden solle. Aber was würde ein Verschwinden der JEIA ausmachen, wenn der Außenhandel gemäß den Londoner Empfehlungen doch der Kontrolle durch die Westmächte unterliegt? Man hätte den Teufel durch Belzebub ausgetrieben, nichts weiter. Ebenso wenig besteht Grund zu der Annahme, daß der Wechselkurs der West-Mark geändert werden wird, der nach Ansicht des „Handelsblatts“

**„die Exporte noch wesentlich schärfer drosseln wird als das gesamte
gegenwärtige JEIA-Verfahren.“**

Um den noch verbleibenden Rest bemühen sich bereits jetzt mächtige Konkurrenzinteressen, die in der Lage sind, politischen Druck auszuüben. Laut einer

amerikanischen Korrespondenzmeldung ist zum Beispiel der größte britische Unternehmerverband, die „British Federation of Industry“ beim britischen Handelsministerium gegen die Unterbietung durch deutsche Warenangebote in Südafrika, Holland, Kanada, Schweden und gegen eine „deutsche Ausbreitung“ auf dem indischen und anderen Märkten vorstellig geworden.

Daß es nicht bei Protesten bleiben wird, darauf läßt ein im April zwischen den amerikanischen und britischen Baumwollindustriellen unterzeichneter Vertrag schließen, worin sie sich die Absatzmärkte untereinander aufteilen, um in erster Linie die japanische Konkurrenz auszuschalten. Der „Manchester Guardian“ schrieb seinerzeit über dieses Abkommen:

„Das ist ein ohne Scham getroffenes Abkommen zwischen den britischen und amerikanischen Industrien, sich selbst genügend Raum zu geben, um glücklich nebeneinander leben zu können, indem sie einen anderen ausschalten.“

Wer will so vermessen sein, anzunehmen, daß man sich der Baumwolle verarbeitenden west- und süddeutschen Industrie gegenüber anders verhalten wird, und daß nicht ähnliche „Gentlemen-Uebereinkünfte“ in anderen Industrien kommen werden?

Die natürlichen Absatzmärkte werden versperrt sein

Bei der wachsenden Schrumpfung der Märkte hängt jede Entwicklung des Industrieexports von einer planmäßigen, selbständigen Handelspolitik ab, und zwar einer Handelspolitik auf lange Sicht, die es ermöglicht, dauernde Handelspartner zu finden und die Industrien auf einen langjährigen Handelsaustausch, in der Form von zweiseitigen Verträgen, mit solchen Ländern einzustellen. Auch dies wird im Rahmen des Marshall-Plans für Westdeutschland nicht möglich sein. Und zwar nicht nur, weil die in Frage kommenden Länder in Europa, aber auch in anderen Erdteilen, nicht über die Dollars verfügen, sondern auch weil die amerikanische Handelspolitik der „offenen Tür“ solche zweiseitigen Abkommen immer mehr erschweren wird, und weil die politischen Bedingungen des Marshall-Plans den für Westdeutschland absolut lebenswichtigen Osthandel nicht zur Entfaltung kommen lassen werden.

Vor dem Kriege gingen ungefähr 15 Prozent des deutschen Exports in die Länder Osteuropas. Bei dem raschen Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern ließe sich dieser Handel heute noch erweitern. In einem im Frühjahr von der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung veröffentlichten Memorandum, so berichtete seinerzeit der „Economist“, wurde festgestellt, daß Westdeutschland auch im Rahmen des Marshall-Plans nicht auf eigene Füße gestellt werden könne, wenn es nicht gelinge, die Lebensmitteleinfuhren aus Dollarländern durch Einfuhren aus Ost- und Südosteuropa zu ersetzen, d. h. den Handel mit diesen Ländern zu entwickeln.

Wie deutsche Kaufleute aus den Westzonen über dieses für die deutsche Industrieausfuhr entscheidende Problem denken, darüber berichtete der „Economist“ Ende April:

„Wenn das Land nicht in das Dollargebiet gezwungen worden wäre, könnte es seinen Vorkriegshandel, besonders seine Nahrungsmittelfuhren aus Südosteuropa wieder herstellen. Wie die Lage ist, wird der Marshall-Plan nur künftige Generationen mit Schulden beladen, und wird doch nicht das Problem der deutschen Zahlungsbilanz lösen. Die Marshall-Länder und Amerika, in die der Handel umgeleitet werden muß, werden niemals eine deutsche Ausfuhr im Werte von 2—3 Milliarden Dollar jährlich aufnehmen, die schließlich notwendig sein wird, wenn Deutschland lebensfähig sein soll. Sie fürchten die deutsche Konkurrenz und werden Zollmauern aufrichten.“

Das sind in den Augen nüchternen Beobachter die wirklichen Aussichten für den Handel der Westzonen im Rahmen des Marshall-Plans.

Die Milliarden, die zweimal gezahlt werden

Was werden die eigentlichen Marshall-Lieferungen den Westzonen bringen? Die bizonalen Behörden haben, nach ihren eigenen Aussagen, bei der Verwaltung für die europäischen Länder in Paris ein „umfassendes Programm“ eingereicht, das für die ersten 12 Monate des Marshall-Plans Einfuhren in einer Gesamthöhe von 1960 Millionen Dollar fordert, davon ungefähr 890 Millionen Dollar für Nahrungsmittel. Diese Summe wurde, wie es hieß, als „Mindestforderung für einen wirksamen Wiederaufbau“ angesehen. Von diesen 1960 Millionen sollten 700 Millionen durch Exporterlöse gedeckt werden, 730 Millionen durch die Beiträge der Schatzämter der USA und Großbritanniens und ein Betrag von 530 Millionen durch die Marshall-Plan-Organisation.

Imposante Zahlen, aber was bedeuten sie vom Papier in die Wirklichkeit übertragen? Da sind zuerst die 700 Millionen für Exporterlöse, eine sehr optimistische Schätzung, die nach dem Stand der Ausfuhr bis Ende Juli kaum zu zwei Dritteln erreicht wird. Dann die in den bizonalen Vorschlägen geforderten 530 Millionen aus Marshall-Geldern. Diese „Mindestforderung“ wurde zunächst von der Marshall-Plan-Verwaltung in den im sogenannten „Braunbuch“ veröffentlichten Voranschlägen und Listen um 100 Millionen auf 437 Millionen Dollar gekürzt. Aber die wirklichen Zuteilungen für die drei ersten Quartale zeigen, daß die Voranschläge keineswegs erreicht werden, und daß offenbar schon jetzt beabsichtigt ist, von der Präsident Truman gegebenen Vollmacht, die bewilligten 5,3 Milliarden anstatt für ein Jahr für 15 Monate zu verwenden, Gebrauch zu machen.

In einem vertraulichen bizonalen Bericht über das dritte Vierteljahresprogramm beklagte man sich bitter über die niedrige Zuweisung von 80 Millionen Dollar für das zweite Quartal und sagte, dies habe „bereits das ganze Programm gefährdet.“ Man setzte alle Hoffnungen auf die Zuweisungen für das dritte Quartal. Aber es sollte noch schlimmer kommen. Die 16 europäischen Länder forderten durch die OEEC (Organisation for European Economic Co-operation) für das dritte Quartal, Juli—Oktober, 1,8 Milliarden Dollar. Bewilligt wurden nicht ganz 1,119 Milliarden Dollar, eine viertel Milliarde weniger als im zweiten Quartal, dessen Zuweisungen bereits als viel zu niedrig angesehen worden waren.

Die Bizone, deren Verwaltungen durch die Zuweisung von 80 Milliarden Dollar das ganze Programm bereits gefährdet sahen, erhält im dritten Quartal nur etwas mehr als die Hälfte dieser Summe. Und dies obgleich in dem Bericht für das dritte Vierteljahresprogramm die Lage in düstersten Farben geschildert worden war, und man sie als so kritisch bezeichnet hatte,

„daß eine wirkliche Wendung zum Besseren nicht ohne eine sofortige und sehr bedeutende Hilfeleistung erreicht werden kann.“

Schließlich sind da noch die Gelder für die Lebensmittellieferungen. Die Dollarschulden auf diesem Konto betragen bereits jetzt mehr als 2,8 Milliarden. Wie wir sahen, sollen sie in diesem Jahre um weitere 730 Millionen anwachsen. Es ist bekannt, daß die deutschen Stellen weder in bezug auf die Zusammensetzung der Lieferungen, noch im Hinblick auf die Bezugsquellen und die bezahlten und angerechneten Preise irgendeine Kontrolle ausüben. Dies gilt übrigens auch für die Marshall-Lieferungen, die durch die ständig weiter steigenden amerikanischen Preise bereits stark in ihrem Wert gesunken sind, entgegen den Erwartungen der 16 Mächte, die in ihrem Pariser Bericht mit sinkenden Preisen gerechnet hatten.

Lange Zeit hat man in den Westzonen den Eindruck zu erwecken versucht, als ob es sich bei den Lebensmittel-Einfuhren um Geschenke handle. Bis General Clay eines Tages auf einer Pressekonferenz das Gegenteil feststellte. Seitdem hat sich folgendes zugetragen: der deutsche Verbraucher hat für diese Lebensmittel in deutschem Gelde bezahlt. Diese Gelder wanderten in eine sogenannte „gemeinsame Außenhandelskasse“ und waren bis zur Währungsreform auf einige Milliarden angestiegen. Durch das dritte Währungsgesetz wurden diese Milliarden annulliert.

Als Mitte Juli auf einer Pressekonferenz des bizonalen Verwaltungsrates angefragt wurde, ob mit der Wertlosmachung der Milliarden durch das dritte Währungsgesetz auch die Dollarschulden gestrichen seien, lautete die Antwort: Da sich die Militärregierungen die Verwendung dieser Gelder vorbehalten hätten, sei diese Frage an die alliierte Bankkommission zu richten.

Auf gut Deutsch sollte das heißen: Wenn ihr glaubt, daß wir — der Oberdirektor und der Verwaltungsrat — dem deutschen Steuerzahler sagen werden, die Milliarden zur Begleichung der Dollarschulden seien aus Steuermitteln noch einmal aufzubringen, dann irrt ihr euch! Aber keine Antwort war in diesem Falle mehr als eine Antwort. Es war klar: die bizonalen Spitzen zweifeln nicht daran, daß die Gelder noch ein zweites Mal aufzubringen sind. Wer will bestreiten, daß bei den hohen Besatzungskosten und der ungünstigen Entwicklung des Exports nicht die geringste Chance besteht, derartige Summen zurückzuzahlen, und daß die Folge nur die restlose koloniale Abhängigkeit der Westzonen sein kann?

Die Listen der für die Westzonen vorgesehenen Waren und die bisherigen Lieferungen haben gezeigt, daß sie nur zum geringen Teil aus den dringend benötigten Rohstoffen bestehen werden. Was für die anderen Länder gilt, gilt für die Westzonen in noch höherem Maße: die Lieferungen werden nicht in erster Linie von den wirklichen Bedürfnissen bestimmt, sondern von den vorhandenen amerikanischen Exportüberschüssen. Die USA werden Tabak einführen, der früher aus Griechenland und der Türkei kam, was auch jetzt im Austausch gegen Fertigwaren möglich wäre. Der größte Teil der vorgesehenen Industriewaren und Maschinenausrüstungen könnte in Deutschland selbst hergestellt werden, wenn statt dessen die notwendigen Rohstoffe eingeführt würden. Man demontiert in den Westzonen 47 Bergbaumaschinenfabriken und will dafür amerikanische Maschinen im Werte von 25,7 Millionen Dollar liefern.

Der aus Amerika zurückgekehrte Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, Professor Baade, hat die deutschen Verluste, die sich aus der Exportpolitik der JEIA, aus den Demontagen und aus dem Export der Hauptrohstoffe ergeben, als doppelt so hoch bezeichnet als alle für die Westzonen bestimmten Lieferungen aus dem Marshall-Plan und Lebensmittellieferungen aus dem Budget des USA-Schatzamtes. Professor Baade ist ein Anhänger des Marshall-Plans. Wie oft sind die Gegner des Marshall-Plans beschimpft worden, weil sie wagten, dasselbe zu sagen?

Nach den vor längerer Zeit veröffentlichten Listen sollen die Westzonen im Rahmen des Marshall-Plans für 6,8 Millionen Dollar Lastwagen erhalten, außer den Heeresfahrzeugen, die sie bereits bekommen haben, und die laut offiziellen Angaben zu 50 Prozent Schrott waren. Diese Lastwagen könnten natürlich auch in Deutschland hergestellt werden. Später wird man für sie amerikanische Ersatzteile brauchen, das bedeutet weitere Abhängigkeit von amerikanischen Einfuhren und Rückgang der eigenen Industrien. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

Der Ordnung halber ist Ende Juli auch ein „Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen der amerikanischen Regierung in Washington und der Bizone, d. h. dem Vertreter Washingtons in Berlin, dem amerikanischen

Militärgouverneur, sowie dem britischen Militärgouverneur unterzeichnet worden. Nach allem, was hier schon gesagt wurde, dienen die in dem Abkommen enthaltenen Bedingungen nur dazu, das Gesamtbild der Auswirkungen des Marshall-Plans auf die Westzonen abzurunden.

Im Artikel I wird festgestellt, daß durch „die Hilfsleistungen ein Anspruch auf Rückzahlung gegen Deutschland begründet wird.“ Zu dieser Rückzahlung sollen die „Export Erlöse des Besatzungsgebietes“ herangezogen werden, sobald eine „wieder aufgerichtete deutsche Wirtschaft“ es zuläßt. Das Ausmaß dieser Rückzahlungen soll für die USA — „mindestens ebenso günstig“ sein wie die im britisch-amerikanischen Abkommen vom 2. Dezember vorgesehene Regelung. Das heißt aber nichts anderes, als daß diese Schuldenansprüche den Vorrang vor allen anderen Ansprüchen gegenüber Westdeutschland, aber auch vor allen deutschen Wünschen haben. Wann immer die Westmächte so entscheiden, können sie die Rückzahlung für die Lebensmittellieferungen und für die Summen aus dem Marshall-Plan aus den deutschen Exporterlösen verlangen.

Im Artikel III wird u. a. festgelegt, daß Gewinne, die aus privaten amerikanischen Kapitalanlagen in Deutschland gemacht werden, „transferiert“, d. h. aus Deutschland ausgeführt werden können, damit auch jedem klar wird, daß die amerikanischen Kapitalisten selbst darüber bestimmen wollen, zu welchen Bedingungen sie ihr Kapital in Westdeutschland investieren.

Alle übrigen Bedingungen sind ähnlich denen, die wir bereits kennengelernt haben. Weder das Sonderkonto in eigener Währung im Werte der gelieferten Waren und Dienstleistungen fehlt, noch die Klausel, die das Besatzungsgebiet verpflichtet, „den USA Mangelrohstoffe zu angemessenen Preisen, soweit möglich, zur Verfügung zu stellen und deren Erzeugung im Besatzungsgebiet möglichst zu fördern“. Was wird nach all dem von eigener Wirtschaft in den Westzonen übrigbleiben?

Die Aera der „freien“ Profitwirtschaft

Mit der separaten Währungsreform in den Westzonen und der Einführung dessen, was sogar der „New Statesman and Nation“ die Dollar-Mark genannt hat, ist die eigentliche Aera des Marshall-Plans angebrochen. Um das Vertrauen in die neue Währung zu sichern und den Marshall-Plan in einer Welle des Optimismus anlaufen zu lassen, war dafür gesorgt worden, daß die Währungsreform zusammenfiel mit der schon für ein Jahr vorher versprochenen Erhöhung der Rationen auf annähernd 1800 Kalorien.

Aber der gesteuerte Optimismus der „vollen Schaufenster“ und der „kaufkräftigen“ neuen Währung mußte sehr bald einer Ernüchterung Platz machen. Uebriggeblieben waren leere Portemonnaies und die Empörung der Volksmassen über den größten Preisskandal, den die Nachkriegsgeschichte der kapitalistischen Länder Europas kennt.

Schon vor der Währungsreform hatten die reaktionäre bürgerliche Mehrheit im Frankfurter Wirtschaftsrat und die ebenso willfährige SPD-Mehrheit im Länderrat Preiserhöhungen für Kohle, Eisen, Strom, Gas und die wichtigsten Lebensmittel zugestimmt, die die Lebenshaltungskosten beträchtlich erhöhten. Die westlichen Besatzungsmächte haben diese Preiserhöhungen trotz des Kontrollratsgesetzes über den Preis- und Lohnstopp bewilligt, aber nur einen Lohnausgleich von 15 Prozent gestattet, der keineswegs genügte, die Preissteigerungen wettzumachen.

Nach der Währungsreform sind die Preise für Obst und Gemüse, für Textilien und die wichtigsten Bedarfsartikel, die aus gehorteten Beständen zum Vorschein gekommen waren, um 50, 100, ja 200 Prozent gestiegen, und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die gehofft hatte, ihren so lange aufgespeicherten Bedarf wenigstens geringfügig befriedigen zu können, ging leer aus. Das war die unmittelbare Folge der Aufhebung aller Preiskontrollen und der Bewirtschaftung für die meisten lebenswichtigen Bedarfsgüter durch die reaktionären Apostel der „freien Marktwirtschaft“ in Frankfurt.

Auf diese Weise sind Währungsreform und Anlaufen des Marshall-Plans verbunden worden mit einem Angriff auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung und einem Feldzug nackten Profitstrebens, der seinesgleichen sucht. Die Reaktionäre in Frankfurt wußten natürlich, daß die Mangellage auf allen Gebieten weiter andauern würde; daß mit der Aufhebung der Preiskontrollen und der Bewirtschaftung die Bedürftigen nicht in der Lage sein würden, an Möbel und Haushaltsgegenstände zu kommen; daß wichtige Rohstoffe in die

Produktion von Luxusgütern abwandern würden, wo höhere Gewinne winkten; daß die Jagd nach dem Profit alle Preise hochtreiben mußte.

Keine reaktionäre Partei in Europa, nicht einmal die Konservativen in Großbritannien oder die MRP in Frankreich, haben es gewagt, in ihren mit Bedarfsartikeln ungleich besser versorgten Ländern die Aufhebung aller Preiskontrollen zu fordern oder durchzuführen. Diese letzte Stufe einer gewissenlosen Politik im Dienste nackter Besitzinteressen zu erklimmen, das blieb der herrschenden deutschen Reaktion in den Westzonen vorbehalten, unterstützt von der SPD-Mehrheit im Länderrat, die für die Erhardschen Maßnahmen stimmte.

Nicht zufällig fiel das Anlaufen des Marshall-Plans zusammen mit der Durchführung der Währungsreform, der Verwirklichung der Londoner Empfehlungen, mit der Errichtung eines separaten Weststaates und dem Ruhrstatut, der gewissenlosen Preispolitik und den Verhandlungen amerikanischer Kapitalinteressenten an der Ruhr. All dies sind verschiedene Seiten ein und derselben Politik — der Politik des Marshall-Plans und der West-Europa-Union. Man kann nicht das eine ohne das andere wollen.

Man kann nicht, wie Dr. Adenauer, den Marshall-Plan begeistert begrüßen und die Londoner Empfehlungen als „wirtschaftliche Annektion“ Deutschlands ablehnen. Die Londoner Empfehlungen sind die logische Ergänzung des Marshall-Plans.

Man kann auch nicht, wie Dr. Schumacher und die SPD-Führer, den Marshall-Plan feiern und sich gebärden, als ob man mit der reaktionären Politik in den Westzonen nichts zu tun habe. Man kann nicht die Londoner Empfehlungen unterschreiben, die mit ihrer „Nichtdiskriminierung gegenüber ausländischen Interessen“ die Ruhrindustrien amerikanischen Finanzkapitalisten ausliefern werden, und sich gleichzeitig als Anhänger der „Sozialisierung“ ausgeben. Hier waren das logische Denken und die Ehrlichkeit ganz auf Seiten Dr. Adenauers, als er der SPD-Fraktion im Nordrhein-Westfälischen Landtag zurief:

„Sie sind für den Marshall-Plan und für den Hinauswurf der Kommunisten aus der Regierung. Also können sie doch nicht für die Sozialisierung sein!“

Uebrigens muß Dr. Schumacher bei seinem amerikanischen Besuch im November 1947 deutlich zu verstehen gegeben haben, daß er sich selbst darüber im klaren ist. Auch wenn es gegen die Gesetze diplomatischen Taktgefühls verstieß und unseren Doktor in arge Verlegenheit brachte, daß die „Saturday Evening Post“ in einem begeisterten Hymnus auf ihn verriet, er habe be-
griffen.

„daß mit der Sozialisierung gewartet werden müsse“ und er sei „ein zu reifer Staatsmann und zu guter Deutscher, um eine amerikanische Rettungsaktion an der Ruhr aus doktrinären Gründen zu bekämpfen.“

(Saturday Evening Post, 15. 11. 1947.)

Das Blatt wußte schon, was es sagte. Man kann weder den sozialen Fortschritt und den Marshall-Plan wollen, noch Deutschlands Einheit und Selbständigkeit und den Marshall-Plan. Man muß sich für das eine oder für das andere entscheiden.

Der deutsche Weg

Wie die Marshall-Anhänger der anderen Länder, so sagen die Marshall-Parteien der Westzonen, es gebe keinen anderen Weg als den des Marshall-Plans.

Aber wer spricht so? In erster Linie die Kräfte der kapitalistischen Reaktion, die ihre Macht über das deutsche Volk mit Hilfe des Marshall-Planes als Junior-Partner des amerikanischen Finanzkapitals zu erhalten hoffen. Die Herren der Schwerindustrie, der Banken, der Versicherungsgesellschaften, die Herren, die Hitler bezahlten und an die Macht brachten, die den Krieg wollten und an ihm profitierten, die heute schon wieder „entnazifiziert“ sind und die wirtschaftlichen Machtpositionen beherrschen, die Stinnes, Zangen, Pferdenges, Roelen, Reusch, Dinkelbach. Sie wollen den Marshall-Plan, weil er ihre Positionen erhält und stärkt, und weil er sie vor „gefährlichen“ Entscheidungen des deutschen Volkes schützt.

„Die deutschen Industriellen wissen“, schrieb der „Economist“ am 24. 4. 1948, „daß ihr Brot auf der westlichen Seite, und nur auf der westlichen Seite mit Butter bestrichen ist.“

Sie wissen es. Und sie fürchten sich vor nichts so sehr als vor dem Tage, da die mächtige Hand des amerikanischen Monopolkapitals sie nicht länger vor der freien Entscheidung des deutschen Volkes schützen kann.

Das ist es, was der Marshall-Plan bedeutet: die Aufspaltung Deutschlands; die Lostrennung der Ruhr vom deutschen Wirtschaftskörper; die Auslieferung ihrer Industrien an das amerikanische Kapital; der Dollar als „kontrollierender Faktor“; die Stärkung der Macht der kapitalistischen und junkerlichen deutschen Reaktion; die Fortsetzung einer Wirtschaftspolitik im Dienste nackter Profitinteressen und des Angriffs auf die Lebenshaltung des Volkes; die Verhinderung aller Maßnahmen zur Enteignung der Kriegsverbrecher und Ueberführung ihres Besitzes in Volkseigentum; das Ende aller Hoffnungen auf eine echte Bodenreform; Rohstoffausfuhr und Drosselung des industriellen Fertigwarexports; die Abschneidung von den natürlichen Handelspartnern Deutschlands in Ost- und Südosteuropa; die Verknüpfung der westdeutschen Währung mit dem Dollar; das durch die enge Bindung an die USA vertiefte und beschleunigte Absinken der westdeutschen Wirtschaft, wenn die amerikanische Wirtschaftskrise hereinbricht.

Marshall-Plan und der westdeutsche Separatstaat — sie sind nur möglich, wenn die Westzonen zum Protektorat des amerikanischen Finanzkapitals werden. Das hat die „Stuttgarter Zeitung“ unmittelbar nach der Londoner Außenministerkonferenz in so zynischer Offenheit ausgesprochen, daß ihr die Freunde der deutschen Einheit dankbar sein müssen. Mögen alle, die mit dem Gedanken

einer „vorübergehenden Lösung“ auf der Linie des Marshall-Plans und des westdeutschen Staates spielen, sich diese Sätze gut einprägen:

„Selbstverständlich“, schrieb das Blatt über den von ihm geforderten westdeutschen Staat, „wird diese westdeutsche Republik nicht nur amerikanische Geburtshilfe brauchen, sondern auf Jahre hinaus am amerikanischen Gängelband fangen. Sie wird nur die Schritte machen können, die ihr dieses gestattet.“

Aber es gibt einen anderen Weg. Das ist der Weg des Kampfes um Deutschlands Einheit und einen gerechten Frieden für das deutsche Volk. Schlugen die Westmächte auf der Londoner Außenministerkonferenz unter amerikanischer Führung den Weg des Marshall-Plans ein, und haben sie seither die Londoner Empfehlungen mit der Währungsreform in den Westzonen und dem Aufbau eines westdeutschen Staates durchzuführen begonnen — mit all den Folgen, die das für Berlin nach sich zog — so haben die Sowjet-Union und die osteuropäischen Länder in Warschau die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands, den sofortigen Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß dieses Vertrages gefordert.

Das ist die einzige Basis für die Lösung des deutschen Problems, es ist die einzige Regelung, die der Erhaltung und Festigung des Friedens dient. Davon haben sich trotz — oder vielleicht wegen — der um die Berliner Ereignisse erzeugten Kriegshysterie in zunehmendem Maße auch weite Kreise in den westeuropäischen Ländern und in den USA überzeugt.

In Deutschland führt dieser Weg über die Sammlung aller, die die Erhaltung einer in Jahrhunderten gewordenen Arbeitsteilung und wirtschaftlichen Einheit, in der kein Glied ohne das andere leben kann, und die den Erfolg des 1848 begonnenen Kampfes um die politische Einheit Deutschlands, das heißt um seinen Bestand als Nation, höher stellen als die Lieferungen des Marshall-Plans.

Dieser Weg führt über eine deutsche Republik, in der die Vollmachten der Länder die sind, die sie unter der Weimarer Verfassung besaßen, einer Republik, in der die demokratische Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden einhergeht mit der Zentralgewalt des Parlamentes und der Regierung in allen Dingen, die das Ganze betreffen.

Dieser Weg bedeutet die Enteignung aller Kriegsverbrecher und die Ueberführung ihrer Betriebe in Volkseigentum, die Enteignung der Junker und der Großgrundbesitzer über 100 ha zugunsten der Bauern, Landarbeiter und Umsiedler,

das demokratische Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in allen Fragen der Wirtschaft und Sozialpolitik.

Schließlich führt dieser Weg über eine planmäßig geleitete Wirtschaft, in der die Deutschland verbliebenen materiellen Werte und menschlichen Energien nach einem allgemeinen Wirtschaftsplan zusammengefaßt werden, und die Profitwirtschaft durch eine im Interesse des Volkes betriebene Bedarfswirtschaft ersetzt wird. Im unmittelbaren Zusammenhang damit steht ein auf lange Sicht geplanter Außenhandel, der durch ein System langfristiger zweiseitiger Handelsverträge, die notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel im Austausch für industrielle Fertigprodukte sichert.

In der Ostzone wird dieser Weg mit dem von der Sozialistischen Einheitspartei entworfenen Zweijahresplan beschrritten, der trotz durch die Aufspaltung Deutschlands bedingter Knappheit an den wichtigsten Grundstoffen wie Steinkohle und Stahl, eine Erhöhung der Gesamtproduktion der Ostzone um 35 Proz. gegenüber dem Jahre 1947 und eine beträchtliche Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung bedeuten wird.

Der Weg des Wiederaufbaus aus eigener Kraft, der Weg ohne Dollars, ist ein harter Weg, aber er ist der einzige Weg, der aufwärts führt. Er ist nicht möglich ohne Kampf, ohne den zähen unermüdlichen Kampf um die Einheit Deutschlands und die Vernichtung der Macht der Reaktion in den Westzonen, das heißt, ohne wirkliche Demokratisierung.

Er ist nicht möglich ohne den Kampf gegen die Frankfurter Koalition, die Führer der CDU-CSU, der anderen bürgerlichen Parteien und der SPD, die die Politik des Marshall-Plans und der Londoner Sechs-Mächte-Empfehlungen durchführen. Er ist schließlich nicht möglich ohne eine starke sozialistische Partei, der Arbeiterklasse und der Werktätigen, ohne die KPD, die als einzige Partei, trotz Verboten und Verfolgungen, die Fahne des Kampfes um die deutsche Einheit und um eine wirkliche, auf die Macht des werktätigen Volkes gegründete Demokratie hochgehalten hat.

Dieser Weg ist nicht nur notwendig, er ist auch gangbar. Die Auswirkungen des Marshall-Plans, die harte Schule der Tatsachen wird die deutschen Werktätigen der Westzonen, ebenso wie die Völker Westeuropas von Tag zu Tag mehr zu Gegnern der Marshall-Politik machen. Und auch in den Vereinigten Staaten selbst werden diejenigen immer zahlreicher werden, die wie Henry Wallace, der das politische und geistige Erbe Roosevelts übernommen hat, im Interesse ihrer eigenen Zukunft und der Vermeidung der Katastrophe einer Wirtschaftskrise oder gar eines Atomkrieges, den Marshall-Plan durch einen wirklichen Hilfsplan und echte wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen, ohne Bedingungen, die die Unabhängigkeit der einzelnen Länder zerstören, ersetzen wollen.

Für das deutsche Volk lautet die Wahl:

Marshall-Plan — oder Deutschland.

Westdeutscher Separatstaat. — oder unteilbare deutsche Republik.

Besatzungsstatut — oder Friedensvertrag.

Kapitalistische Reaktion — oder sozialer Fortschritt.

Dollarverschuldung und Abhängigkeit vom amerikanischen Finanzkapital — oder eigene deutsche Wirtschaftsplanung und Ausnutzung aller Quellen und Energien.

Absinken in der amerikanischen Wirtschaftskrise — oder Aufstieg aus eigener Kraft.

Einen dritten Weg gibt es nicht.